Nr. 181. Halle (Saale), Sonnabend, den 4. August 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Harz 49/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 5 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (99 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/44. Fernsprech. 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 4. August 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen Schlachtfront ruhte auch gestern der Kampf unter Einwirkung starken Regens.

Während der Nacht steigerte sich zeitweise das Feuer zu großer Heftigkeit; es fanden keine größeren Angriffe statt.

Im Artois blieb es bis auf lebhafte Feuertätigkeit bei Hulluch und Lens, sowie Vorfeldgefechten östlich von Monchy ruhig.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nichts Wesentliches.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Süddeutsche und rheinische Sturmtrupps brachen in die feindliche Stellung südwestlich von Leintrey ein und kehrten mit einer größeren Anzahl schwarzer Franzosen zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Heeresgruppe des Generaloberst v. Böhm-Ermolli. Nordöstlich von Czernowitz ist die russische Reichsgrenze überschritten.

In 14tägigem Feldzug, der einen ununterbrochenen Siegeslauf der deutschen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Truppen darstellt, ist bis jetzt der besetzte Teil Galiziens, außer einem schmalen Streifen von Brody bis Zbaraz, dem Feinde entrissen worden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. Die Befreiung der Bukowina macht schnelle Fortschritte.

In den sich nach Osten erweiternden Flußtälern drängen die Kolonnen der verbündeten Korps über die Linie Czernowitz-Petronz-Bilka-Kimpolung dem weichenden Gegner nach.

An der Moldaufront versuchten die Rumänen wiederum ohne jeden Erfolg, sich durch starke Angriffe in Besitz des Mgr. Casinului zu setzen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Am unteren Sereth nahm die Gefechtstätigkeit gegen die Portage zu.

Mazedonische Front. Keine größeren Kampfhandlungen.

Die Schlacht in Flandern.

Berlin, 3. August (Offiziös.) Der dritte Kampftag in Flandern bestätigt den völligen Zusammenbruch der englisch-französischen großen Offensive. Trotz dem ungeheuren Einsatz eines tiefgestaffelten Batteriegürtels, dichter Fliegerschwärme, Tankgeschwader und einer großen Anzahl frischer Divisionen sind die Engländer über ihren minimalen Geländegewinn bei ersten Vorstoßes nicht hinausgekommen. Den Kampfgeist unserer, in den Trichterstellungen ausharrenden Infanterie vermochte auch das furchtbarste Feuer der letzten 14 Tage nicht zu erschüttern, während unsere Reserven sich mit ungeheuerster Wucht den Englandern entgegenwarfen. Mitkämpfer schildern die Verluste der Engländer als unerhört hoch! Auf einen gefallenen Deutschen kommen mindestens 10 gefallene Engländer. Vielfach wurden die englischen Sturmkolonnen auch vom englischen Sperrfeuer gefaßt und niedergeschossen. Unsere Flieger griffen die gegnerischen Stoßdivisionen mit Bomben und Maschinengewehren an und fügten ihnen ebenfalls schwere Verluste zu. — Unsere Truppen sehen weiteren Kämpfen mit größter Zuversicht entgegen. (W. T. B.)

Galizien und Bukowina.

Berlin, 3. August (Offiziös.) Der strategische Meisterstoß in Ostgalizien hat nach 14tägigem unaufhaltsamen Vordringen und einer Reihe erbitterter Kämpfe zur Eroberung von Czernowitz, der Befreiung Galiziens vom Feinde bis auf einen schmalen Geländestreifen im Nordosten und zur Rückeroberung der Hälfte der Bukowina geführt.

Am 2. August leistete der Russe im Flußwinkel des Zbrucz und Dnjestr noch einen letzten erbitterten Widerstand, der indessen von unseren ungestüm vorgehenden Truppen gebrochen wurde. Die Trümmer der russischen Verbände wurden aus dem Flußwinkel geworfen und über den Zbrucz und Dnjestr gejagt. Gleichzeitig wurde durch den von Norden und von Westen wirkenden Druck der österreichisch-ungarischen Divisionen der russische Verteidigungsgürtel gesprengt, der den Abzug der Russen aus Czernowitz decken sollte. (W. T. B.)

Berlin. Im Osten ist durch den Siegeslauf der verbündeten Truppen Galizien fast völlig, die Bukowina bereits zum größten Teil vom Feinde befreit. (Amtlich.)

Czernowitz wurde zum dritten Male befreit. Am 2. September 1914 war Czernowitz zuerst von den Russen eingenommen worden, aber schon am 20. Oktober wurde die Stadt wieder von ihnen befreit. Jedoch am 27. November mußten die Oesterreicher sie wieder aufgeben, und erst am 17. Februar 1915 gelang es, fast die ganze Bukowina wieder zu besetzen. Erst bei der russischen Sommeroffensive im Jahre 1916 mußte dann Pflanzer-Baltin nach hartnäckigem Kampfe am 18. Juni Czernowitz abermals den Russen überlassen und seit dieser Zeit ist die Stadt in russischem Besitz geblieben. Von den 85 000 Einwohnern, die Czernowitz im Frieden bewohnt haben, waren etwa die Hälfte Deutsche.

Die Einheitsfront. Der Berichterstatter des Corr. della Sera meldet aus Paris: Auf der Tagung der Verbündeten wurde endlich die Durchführung der Einheitsfront beschlossen, d. h. alle Streitkräfte des Verbandes werden nunmehr als einziges Heer betrachtet, das gewöhnlich Operationen an verschiedenen Fronten getrennt vornehmen, in Notfällen aber eng zusammenarbeiten wird.

Teilung der rumänischen Ernte. Am 4. und 5. August finden in Wien Besprechungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über die Teilung der neuen rumänischen Ernte statt. Die bisherigen Abkommen erstreckten sich nur auf die jetzt bezehrte Ernte.

Bulgarische Versicherungen. Sofia, 3. August. Bei einer Konferenz sämtlicher bulgarischer Bezirkspräsidenten unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Radoslawow ist festgestellt worden, daß entgegen gegenteiliger Behauptung der Entente im ganzen Lande volle Einmütigkeit herrscht. Die Ernte sei ausgezeichnet, Nahrungssorgen seien ausgeschlossen.

Griechenland Athen, 3. August. Gestern wurde mit der Rückgabe der griechischen Flotte begonnen. Der Kreuzer Hellas war das erste Kriegsschiff, das überwiesen wurde.

Verluste und Kriegskosten.

Berlin, 3. August. Nach vorsichtigen Schätzungen betragen die Verluste der Russen seit Beginn des Krieges bis zum 1. Juli 1917 9 500 000 Mann, die der Franzosen 4 400 000, die der Engländer, ausschließlich der Inder, 1 600 000, die der Italiener 1 600 000, die der Belgier 240 000, die der Serben 500 000 und der Rumänen 300 000. Die Gesamtverluste der Entente betragen demnach über 18 Millionen, was etwa der Summe der Bevölkerungsziffern von Dänemark, Norwegen, Schweden und Holland entspricht.

Die Kriegskosten der Entente betrugen in den drei Kriegsjahren etwa 258 Milliarden Mark, während sich jene der Mittelmächte auf 107 Milliarden Mark beziffern. (W. T. B.)

Französische Kriegsziele.

Bern, 3. August. Kammer: Bei der Begründung seiner Interpellation erklärte der Sozialist Renaudel, Frankreich stehe heute am Anfang des vierten Kriegsjahres den gleichen schrecklichen Umständen wie 1914 gegenüber und sehe immer noch kein Kriegsende ab. Die jetzige wie die vorhergehende französische Regierung ermangelten der Hellsichtigkeit. Die französischen Sozialisten seien immer für den Frieden ohne Annektionen und Eroberungen eingetreten. Die neue juristische Organisation müsse den Frieden schaffen, dies sei an sich schon eine Niederlage für Deutschland, denn sie bedeute den Bankerott der Theorien der Mittelmächte. Ribot sei derjenige französische Staatsmann, der seit dem Kriegsausbruche der Kammer das größte Vertrauen einflößte. Aber wenn man rechtzeitig Vorkehrungen getroffen hätte, würde man sich heute angesichts der feindlichen Vorschläge nicht in den Zustand der Inferiorität befinden. Das Manöver des Reichskanzlers Michaelis beziehe sich auf die Frage des linken Rheinufers, die in der französischen Kammer eine gewisse Spaltung hervorgerufen habe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten, lange Unruhe.) In dieser Frage habe es mehr als nur Irrtümer gegeben. Protestrufe von verschiedenen Bänken.) Wenn auch weder die Regierung noch das Parlament für die Bewegung verantwortlich seien, so schaffe man doch augenblicklich eine solche Bewegung. Auf der Frage des linken Rheinufers beruhe das Manöver des Feindes. Nach Forderung der Bekanntgabe der von der Regierung zur Vorbereitung der Bildung der Gesellschaft der Nationen getroffenen Maßnahmen, warf Renaudel der Regierung vor, daß sie auf dem Gebiete der inneren Politik unter dem Deckmantel der heiligen Einigkeit die alten Vorrechte verstärke.

Ministerpräsident Ribot: Die Regierung denkt, daß wir erst dann zu einem Frieden, den wir annehmen können, gelangen werden, wenn Deutschland ihn erbeten haben wird. (Lebhafter Beifall auf der Linken, in der Mitte und auf der Rechten.) Wenn wir zu früh den hinterlistigen Vorschlägen Gehör schenken, die uns gemacht worden sind und die die von Manövern unterstützt werden, die Sie kennen, so würden wir das Land ausliefern und unsere Pflicht als Franzosen und unsere Pflicht als Regierung verletzen. Wer könnte in dieser Stunde, da unsere Gebiete noch besetzt sind, an einen Frieden mit Deutschland denken, wer könnte Friedensvorschlägen sein Ohr leihen, wer kann wünschen, daß man auf Erörterungen eingeht, die nur dazu dienen, den Krieg zu entfesseln? Wir wünschen Frieden ebenso sehr wie Renaudel (Sozialist) und seine Freunde, aber wir wollen einen aufrichtigen, dauerhaften und dieses Landes würdigen Frieden. Was würde es heute für ein Frieden sein? Wir würden einwilligen, auf alte Rechte zu verzichten, und wir würden als die ersten erklären, denn das ist es, was man von uns erwartet, daß wir nicht die Absicht haben, etwas für uns zu fordern, was es auch sei, nicht einmal Elsaß-Lothringen. Was würde das Los aller dieser Völker sein, deren Verteidigung wir übernommen haben und die wir schimpflich im Stiche lassen würden? Dieser Frieden ist nicht möglich, und man darf nicht daran denken. Wir sind der Ansicht, man dürfe weniger die Friedensbedingungen erörtern, als die besten Mittel prüfen, um zu siegen.

Paris, 3. August. Kammer. (Schluß.) Ribot fuhr fort: Ich sage, daß dieser plötzliche glühende Eifer unserer Freunde für eine Gesellschaft der Nationen nur Heuchelei ist, wie Lloyd George es gesagt hat. Es steht keiner der Parteien zu, über die Friedensbedingungen die Entscheidung zu treffen. Ribot bat die Kammer, nicht ein Bild der Zwietracht darzubieten, und sich nicht in Besprechungen zu verlieren, die nur Frankreichs Feinden nützen könnten. In Beantwortung der Anspielung Cachins auf die Verträge, von denen Reichskanzler Michaelis gesprochen hat, sagte Ribot: Sie wissen, was ich im Juni gesagt habe. Ich sage es und wiederhole es, daß wir keine gewaltsamen Annektionen wollen. Ich bringe die zum Schluß der letzten Geheimsitzung angenommene Tagesordnung in Erinnerung, nach der Elsaß-Lothringen nicht als Annektion anzusehen sei, sondern als Wiedergutmachung, und nach der außerdem Bürgschaften gegen den preußischen Militarismus verlangt werden. Ribot schloß: Ich werde tun, was die Kammer wünscht, ich werde mich zurückziehen oder ich werde die Regierungsgewalt behalten, aber ich werde mein Bestes für das Wohl unseres lieben Frankreich tun. (Lebhafter Beifall.)

Pugliesi-Conti wies auf die Gefahr des Imperialismus, die einzige Hoffnung Deutschlands, hin und erhob Anklage gegen die pazifistische Werbetätigkeit. Er fragte Ribot, was er mit den Internationalisten und Revolutionären zu tun gedenke. Lebey bat die Regierung, zu versichern, daß die alliierten Demokratien bereit sein werden, mit der deutschen Demokratie zu verhandeln, wenn sie sich gegen den Imperialismus erheben werde. Renaudel warf Ribot vor, daß er gesagt habe, die Erklärungen der Sozialisten seien zweideutig. Montet verlangte politische Tätigkeit Seite an Seite mit der militärischen und machte Ribot den Vorwurf, an der Vaterlandsliebe der Sozialisten zu zweifeln. Ribot wies diesen Vorwurf zurück und erklärte, Montet habe gesagt, die Tagesordnung könne weitgehende Rückwirkungen haben, bis zu den russischen Alliierten. Er möge sich beruhigen, es gebe kein Mißverständnis mit Rußland. Frankreich marschiere in Uebereinstimmung mit ihm.

Die Kammer nahm die Tagesordnung Klotz mit 392 gegen 61 Stimmen an. Diese lautet: Die Kammer geht zur Tagesordnung über, indem sie sich mit der Tagesordnung vom 6. Juni einverstanden erklärt.

„So wie ich sie auffasse."

Mit dieser Einschränkung hat bekanntlich der Reichskanzler Dr. Michaelis von der Friedensresolution des Reichstagsblocks konstatiert, daß er glaube, die Ziele der Regierung ließen sich „im Rahmen" dieser Resolution erreichen. Die Regierungssozialisten möchten den einschränkenden Satz, „so wie ich sie auffasse," gern beiseite schieben und glauben machen, daß der Reichskanzler uneingeschränkt sich auf den Boden der in ihrer Fassung vieldeutigen Resolution gestellt habe.

Die Fortschrittler sind mißtrauischer. Der Reichstagsabg. Haußmann wendet sich in der Zeitschrift März gegen den Vorbehalt der Regierung; erfordert, daß sie im vierten Kriegsjahre sich keiner Verschwommenheit bediene und keine falschen Unterstellungen erleichtere. Haußmann macht es dem Kanzler zum Vorwurf, daß er mit seiner Einschränkung den Anstoß zur beliebigen Deutung der Resolution gegeben habe. Er schreibt:

„Daß Herr Michaelis es nicht unterlassen hat, in die Reichstagsresolution einen Zweifel künstlich hineinzutragen durch die Worte: „So wie ich sie auffasse," verüble ich ihm deshalb, weil er von den Antragstellern zuvor deren eindeutige Auffassung entgegengenommen hat."

Nun scheint aber nicht nur der Reichskanzler der Resolution eine besondere Deutung zu geben. Auch in der Fortschrittlichen Partei selbst ist man offenbar nicht einig über den Begriff des Annektionsfriedens. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Weinhausen, der Vertreter von Danzig, hat in seinem Wahlkreis eine Versammlung abgehalten, in der er zur Annektionsfrage interpelliert wurde. Er führte aus:

„Wir führen einen Verteidigungskrieg wider unseren Willen. Wir wollen unsere Ehre und unser Dasein verteidigen und aus ihm umgebeugt hervorgehen. Für diesen wirken die fortschrittliche Fraktion und später die Mehrheit des Reichstages. (Zuruf: „Und Kurland!") Der Verständigungsfrieden, wie er von der Mehrheit beschlossen ist, setzt durchaus nicht voraus, daß Kurland herausgegeben wird."

Also auch Herr Weinhausen hat der Resolution zugestimmt, so wie er sie auffaßt, und diese Auffassung ist vereinbar mit der Annektion von Kurland! — Der Liberale Verein, in dem er diese seine Auffassung zum besten gab, spendete ihm dafür Beifall.

Wer weiß, wieviel Fortschrittler und Zentrumsleute noch die Resolution in ihrer Weise auslegen, wenn sie in ihre Wahlkreise kommen und den Beifall ihrer Wähler erringen wollen. Ist das nun noch eine „Tat" des Reichstagsblocks, eine Tat, auf die sich die Herren Scheidemänner so viel zugute tun und die die Fraktion der abhängigen Sozialisten veranlaßte, die Bewilligung der Kriegskredite in Kauf zu nehmen, trotz mangelnder Zusage einer demokratischen Neuorientierung?

In der Presse der Regierungssozialisten regte sich verschiedentlich der Unwille, daß ihre Fraktion diesmal wieder die Kriegskredite bewilligt habe, ohne Garantien für eine demokratische Ausgestaltung der Verfassung erhalten zu haben. Lange vorher war bereits mit der Ablehnung der Kredite gedroht worden, wenn die Regierung den Wünschen auf Parlamentarisierung nicht entgegenkomme. Doch das war nur Theaterdonner gewesen. Die regierungssozialistische Märkische Volksstimme in Kottbus schrieb:

„Und daß dieser Regierung, die zu keiner demokratischen Reformpolitik, also zu keiner kriegverkürzenden Friedenspolitik sich bereit gezeigt hat, die Kredite in die Hand gelegt wurden mit Hilfe unserer Fraktion, das ist der Krönungsakt, von dem wir uns entsätzisch abwenden — und mit uns viele Parteigenossen."

Die Abgeordneten Giebel, Schumann und Wels haben darauf eine seitenlange Rechtfertigung gegen den Vorwurf, mit der Bewilligung der Kriegskredite einen politischen Fehler begangen zu haben, veröffentlicht. Darin wird gesagt:

„Denn unverrückbar steht fest: Ohne die Zustimmung zu den Krediten war eine Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien auf dieser Grundlage nicht zu erzielen und ohne die bürgerlichen Parteien wäre eine erfolgreiche Einwirkung auf die Regierung zur Anerkennung dieser Friedensziele nicht möglich gewesen. Wer die Kredite verweigern wollte, mußte auf die Friedensresolution des Reichstags und die Zustimmung der Regierung verzichten. Das eine war ohne das andere nicht zu erreichen ... Was aber wäre die Folge gewesen, wenn die Fraktion die Kredite verweigert hätte? Sie hätte die Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien zerbrochen und dadurch das Zustandekommen des für die Herbeiführung des Friedens so überaus wichtigen, vielleicht entscheidenden Beschlusses verhindert."

Um den Block zu retten, um die Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien nicht zu zerbrechen, wurde also das Mach-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0001

mittel eines wichtigen Reichstagsvotums preisgegeben und dafür das Linsengericht einer Friedensresolution eingetauscht, von der jeder sagen kann: Wie ich sie auffasse — und der jeder in der Tat einen anderen Sinn geben kann. — Das muß hier festgestellt werden gegenüber dem Eifer, mit dem die Regierungssozialisten sich als die Retter der Demokratie im Lande und die Bringer des Friedens preisen.

Stockholm.

Immer wieder Verschiebung des Termins. Stockholm, 2. August. Laut Socialdemokraten hat der Organisationsausschuß der internationalen Konferenz gestern ein von Dubreuil, dem Sekretär der französischen Sozialistenpartei, unterzeichnetes Telegramm erhalten, in dem die in Frankreich mit der Abordnung des russischen Arbeiterrats und der englischen Labourparty getroffenen Abmachungen mitgeteilt werden. Danach stimmten die Franzosen dem englischen Vorschlag einer Vorkonferenz der Alliierten in London zu, die auf den 28. und 29. August festgesetzt ist. Das Stockholmer Organisationskomitee gab dem Wunsche Ausdruck, daß die allgemeine Konferenz nicht später als am 3. September beginnen solle, da mehrere Abordnungen schon am 15. September wieder abreisen müßten. Stockholms Tidningen erfährt, zum ersten Vorsitzenden der Konferenz solle Tscheidse, der Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats, ernannt werden.

Englische Schwierigkeiten und Intrigen.

London, 3. August. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sind wieder Fragen der internationalen Konferenz in Stockholm an die Regierung gerichtet worden. George Terrel fragte, ob dem Haus Gelegenheit gegeben würde, die Sache zu besprechen, ehe die Teilnehmer an der Konferenz Pässe erhielten. Minister Bonar Law antwortete, aus der Debatte am Mittwoch seien zwei Dinge klar zu entnehmen, und zwar erstens, daß kein Vertreter der Regierung einer solchen Konferenz beiwohnen werde. Hier unterbrach Sir Francis Lowe und fragte, ob dies so zu verstehen sei, daß Henderson nicht nach Stockholm gehen werde. Hierauf antwortete Bonar Law: Der Premierminister hat gestern gesagt, daß kein Mitglied der Regierung an der Konferenz teilnehmen wird. Zweitens, fuhr Bonar Law fort, sei es noch nicht sicher, ob die Regierung überhaupt irgendeine Erlaubnis zum Besuche der Konferenz erteilen würde. Es würde gewiß nicht ohne genaue vorherige Ueberlegung und wahrscheinlich überhaupt nicht geschehen.

Nach einer Reutermeldung aus London sind mächtige Einflüsse am Werke, um den Kongreß der Arbeiterpartei, der am Freitag in London zusammentreten wird, dazu zu überreden, gegen die Beschickung der Stockholmer Konferenz zu stimmen.

Rücktrittsgesuch Hendersons. Havas meldet aus London: Minister Henderson hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

*

Die Denkschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie in Rußland.

Das Stockholmer Memorandum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das Genosse Haase in seiner Reichstagsrede vom 19 Juli der deutschen Oeffentlichkeit zugänglich machte, hat bei den sozialistischen Parteien Rußlands als ein wichtiger Schritt zum Frieden eine freudige Aufnahme gefunden.

Rabotschaja Gaseta, das Organ der menschewistischen Mehrheit und der sozialdemokratischen Minister, begrüßt mit herzlichen Worten das Memorandum der deutschen unabhängigen Sozialdemokraten: „Sie sind mit uns, vollkommen mit uns solidarisch — das geht deutlich aus der Denkschrift unserer Genossen jenseits der Grenze hervor. Ebenso wie wir fordern sie einen Frieden ohne Annektionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Völker. Ebenso wie wir fordern sie die Selbstbestimmung für Polen und Elsaß-Lothringen. Aber ebenso wie wir sind sie der Ansicht, daß man diese Selbstbestimmung nicht durch den Krieg, sondern durch den gemeinsamen Druck der sozialistischen Demokratie aller Länder erzielen soll. Ebenso wie wir fordern sie die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens. Und endlich betrachten sie es zugleich mit uns als dringendste Aufgabe, die Internationale durch einen gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten aller Länder wieder herzustellen.

Ein „historisches Dokument" wird das Memorandum von Djelo Narodas, dem Organ des Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei, genannt. „Dieses Memorandum ist eine Art memento mori für alle, die noch nicht endgültig die Aufgaben und Ueberlieferungen des internationalen Sozialismus vergessen haben." Das Blatt schätzt besonders die grundsätzliche Haltung des Memorandums und empfiehlt seine Leitsätze als unsterbliche Parolen des internationalen Sozialismus. Aber darüber hinaus führt es die einzelnen Teile der deutschen Denkschrift als Beweis dafür an, daß grundsätzliche sozialistische Politik sich sehr wohl auch mit gesunder Realpolitik vereinbaren läßt, wie der historische Augenblick sie erfordert. Als Beispiele einer solchen Realpolitik, die zugleich „loyal, menschlich oder genauer gesagt sozialistisch" ist, führt das Blatt die Punkte des Memorandums über Belgien, Serbien, Polen und Elsaß-Lothringen an. Und mit dem Gefühl tiefster Befriedigung stellt es fest, daß die unabhängige deutsche Sozialdemokratie durch ihre sachlich einwandfreie und grundsätzlich untadelhafte Stellungnahme zu allen wichtigen Problemen des Friedensausschusses allen jenen „Realpolitikern" den Boden unter den Füßen fortgezogen hat, die die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt verdächtigen und verunglimpfen. Daß dieser Hinweis in der Tat zutrifft, geht aus dem verlegenen Schweigen der russischen bürgerlichen Presse hervor, die gegenüber der Denkschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie keines jener Worte harter Kritik findet, die sie — durchaus berechtigt — dem Memorandum der Scheidemänner spendete. Der Propaganda des Friedens und der Annäherung des deutschen und russischen Volkes hat das Memorandum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

*

Friedensvorschlag des Antikriegsrats.

Eine nationale Versammlung des Nederlandsche Antkorlograads hat eine Resolution gefaßt, in der es heißt:

„In der Erwägung, daß das wachsende Bewußtsein beider kriegsführenden Parteien, **ein Völkerbund mit internationaler Rechtsorganisation** müsse die existierende internationale Anarchie und deren Appell an die Waffen ersetzen, die Hoffnung rechtfertigt, daß **die Schaffung dieses Völkerbundes als das Ziel des kommenden Friedens in den Vordergrund gerückt werden wird:**

in fernerer Erwägung, daß einerseits der englische Ministerpräsident den Frieden nicht mehr unbedingt von einem militärischen Siege abhängig hält, sondern **die Demokratisierung Deutschlands als Friedensfaktor anerkennt,** und daß andererseits die Annahme der Friedensresolution vom Deutschen Reichstag auf einen bedeutungsvollen Schritt in jener Richtung hinweist;

in Erwägung endlich, daß also die Durchführung der Mehrheits-Resolution des Reichstages und die unzweideutige Erklärung der deutschen Regierung, daß sie **irgendwelche gewaltsame Gebietserwerbung zurückweist und zur Wiederherstellung Belgiens bereit ist,** der Anfang einer friedlichen Annäherung ermöglicht und auch der ökonomische Krieg nach dem Kriege verhütet werden dürfte:

fordert der Antikriegsrat die kriegführenden Regierungen inständig auf, zu versuchen, nachdem sie sich über diese grundsätzlichen Bedingungen geeinigt haben, die übrigen Streitpunkte **und Nationalitätenfragen** auf **der Basis gegenseitigen Entgegenkommens unter Beobachtung der Wünsche und Interessen der betreffenden Bevölkerungen zu lösen."**

Rußland.

Der Protest der Bolschewiki.

Der Bericht der Bolschewiki, unterzeichnet von 280 Vertretern von vierzig Petersburger Gewerkschaften, protestiert scharf gegen die konterrevolutionären Attentate der Regierung. Die Bolschewiki erklären in einem Aufruf an das russische Volk, die Beschuldigung, Lenin sei ein Agent der deutschen Regierung, als eine elende Verleumdung. Sie fordern eine sofortige öffentliche Untersuchung dieser schmutzigen Verschwörung der Pogromhelden und bezahlten Lügner gegen Ehre und Leben der Arbeiterführer. Die Untersuchung werde die absolute Fleckenlosigkeit der Leninisten ergeben.

Um die finnische Unabhängigkeit.

Nach Meldungen aus Stockholm hat Kerenski dem finnischen Landtag mitgeteilt, **daß die russische Regierung die Unabhängigkeitserklärung Finnlands als ungesetzlich nicht sanktioniere.** — In Helsingfors demonstrierten 6000 Arbeitslose, die Brot und Arbeit fordern.

*

Amerika gegen die Neutralen.

Times meldet aus Neuyork vom 29. Juli: Fünfzig bis sechzig in Neuyork liegende holländische Kauffahrteischiffe haben mit dem Wiederausladen der Ladung begonnen, da sie nicht imstande sind, die amerikanische Regierung von der vollständigen Harmlosigkeit der Bestimmung derselben zu überzeugen. Die Schiffe liegen im Hudson und müssen so hohe Ueberliegegelder zahlen, daß der erwartete Gewinn dadurch verschlungen wird. Die Gesamttonnage der aufgehaltenen Schiffe wird auf dreihunderttausend geschätzt. Die Ladungen bestehen aus Mehl, Getreide, Oelkuchen, Fett und Speck. Die amerikanische Regierung stellt eingehende Ermittlungen an über vorhandene Warenbestände in Deutschland und in den benachbarten neutralen Ländern. Es dürfen keine Schiffe dorthin von amerikanischen Häfen aus klariert werden, bis die amerikanischen Behörden völlig überzeugt sind, daß keine Möglichkeit für die Aufbesserung der deutschen Lebensmittelversorgung durch neutrale Ankäufe in Amerika besteht.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 3. August. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 500 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Valentia (3212 Tonnen) mit Kohlen, zwei große bewaffnete Dampfer, von denen einer aus starker Sicherung herausgeschossen wurde, und die englische Dreimastbark Harald (1376 Tonnen). Von einem neutralen Dampfer, der ein englisches Prisenkommando an Bord hatte, wurde der Prisenoffizier gefangengenommen. (Amtlich.)

Berlin, 3. August. Am 2. und 3. August haben deutsche Seeflugzeuge die englische Flugstation auf der Insel Thosos im Aegäischen Meer erfolgreich mit Bomben angegriffen. Es konnten starke Brandwirkung und zahlreiche Explosionen festgestellt werden. (Amtlich.)

In der französischen Kammer erklärte der Marinestaatssekretär: Die gesamte Handelsflotte Frankreichs betrage 4 167 000 Tonnen, wovon 3 200 000 Tonnen im Staatsdienste stehen. England leihe Frankreich 2 100 000 Tonnen, dessen monatlicher Bedarf sich auf 4 075 000 Tonnen belaufe. **Die Zeit sei alles für Frankreich! Es werde siegen oder nicht, je nachdem es sich verpflegen könne oder nicht.**

*

Ein jüdisches Regiment in England. Aus London wird berichtet, daß das neuaufgestellte jüdische Regiment, das den Schild König Davids als Regimentsabzeichen trägt, an der Front in Palästina verwendet werden soll.

Die Opfer des letzten Luftangriffes auf London. Nach den letzten Feststellungen betrugen die Verluste bei dem Luftangriff am 7. Mai auf London 59 Tote und 192 Verwundete.

Getreidebeschlagnahme auch in der Schweiz. Bern, 2. August. Der Bundesrat hat beschlossen, die Inlandsgetreideernte zu beschlagnahmen, ausgenommen die Mengen, die die Produzenten zum eigenen Gebrauch notwendig haben, sowie das notwendige Saatgut.

Politische Uebersicht.

Nur Personenwechsel.

Am Freitag vormittag hielt der Reichskanzler eine Konferenz mit dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, von Breitenbach, Herrn Helfferich und dem Chef des Zivilkabinetts, von Valentini, ab, um über **die Kandidaten für die neuen Minister- und Staatssekretär-Posten zu beraten.** Die Beschlüsse der Konferenz unterliegen noch der Bestätigung des Kaisers, die am Sonntag erfolgen soll. Ueber die in Aussicht genommenen Personalveränderungen berichtet die Scherlpresse:

„Der Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer werde möglicherweise durch den Regierungspräsidenten von Potsdam, Dr. Freiherrn v. Massenbach ersetzt. Verhandelt wurde über dieses Portefeuille auch mit dem Landrat von Grothe, der abgelehnt hat, und es kam auch in Frage der Oekonomierat Dr. Hoesch. Als Nachfolger für den Justizminister Dr. Beseler werden die Herren Dr. Spahn und Dr. Porsch genannt. Der Führer der Zentrumspartei, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn ist zwar erkrankt, aber es ist Hoffnung auf Genesung vorhanden: er befindet sich im 72. Lebensjahre. Falls der Kaiser das Abschiedsgesuch des Ministers des Innern v. Loebell genehmigen sollte, kommt als sein Nachfolger der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Drews in Frage. Er gilt als eine Kraft auf dem Gebiete der Staatsverwaltung. Das Staatssekretariat des Innern wird geteilt, die politische Abteilung war Herrn Oberbürgermeister Schwander, Straßburg, angeboten, der aber abgelehnt hat. Erster Anwärter hierauf ist der Oberbürgermeister von Köln, Herr Wallraf. Als Nachfolger für den Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Lisco nennen wir Herrn Dr. v. Krause. Für den preußischen Finanzminister Dr. Lentze dürfte der Regierungspräsident von Oppeln, Hergt, in Frage kommen. Für den Minister der öffentlichen Arbeiten Dr. von Breitenbach, der aber noch einige Wochen oder Monate im Amt bleiben dürfte, wird Generalleutnant Gröner genannt, der im Feldeisenbahnwesen Hervorragendes geleistet hat. Für das Staatssekretariat des Auswärtigen kandidiert immer noch Dr. von Kühlmann, der augenblicklich noch Botschafter in Konstantinopel, aber in Berlin anwesend ist. Der Staatssekretär im Reichsschatzamt Graf Roedern und der Staatssekretär Krätke dürften auf ihrem Posten verbleiben. Chef der Reichskanzlei wird für Exzellenz Wahnschaffe Herr v. Graevenitz, der zuletzt Leiter der Reichsfettstelle gewesen ist. Sollte der Präsident des Kriegsernährungsamtes von Batocki zurücktreten, so dürfte man seinen Nachfolger in dem Oberpräsidenten von Pommern, Herrn v. Waldow, sehen, dem möglicherweise als Unterstaatssekretär der jetzt schon im Kriegsernährungsamt tätige Herr Dr. August Müller (Konsumgenossenschaftler) beigegeben werden würde. Dr. Helfferich bleibt Vizekanzler ohne Portefeuille, Adlatus des Reichskanzlers und Sprechminister. Die Besetzung des zweiten Teils des Reichsamts des Innern, das man als Arbeitsamt bezeichnen kann, steht noch offen."

Wenn diese Angaben zutreffen, wäre der geplante Personenwechsel in den Regierungsämtern ein recht umfangreicher; aber es bliebe gleichwohl beim reinen Personenwechsel, von einem Systemwechsel, von der viel erhofften und viel versprochenen Neuorientierung in der Richtung auf das parlamentarische System kann keine Rede sein. **Es handelt sich lediglich um Personenverschiebungen in den Beamtenstellen, die an dem System nicht das geringste ändern.**

Nach anderen Meldungen soll die ganze „Parlamentarisierung der Regierung" darin bestehen, daß man „zwei parlamentarische Konzessionsschulzen" in die Regierung aufnimmt: einen Zentrumsmann und einen Nationalliberalen. Es geht himmelstürmend weiter mit der — „Demokratisierung".

Teilung des Reichsamts des Innern.

Es darf wohl jetzt als feststehend angesehen werden, daß mit den zu erwartenden Veränderungen in hohen Regierungsstellen auch gleichzeitig die Teilung des Reichsamts des Innern zur Durchführung gelangen wird. Im Reichstag ist das schon seit Jahren mehrfach verlangt worden, die Regierung verhielt sich aber immer ablehnend. Der Geschäftskreis des Reichsamts des Innern ist aber derart groß geworden, daß er von einem einzigen Mann nicht mehr übersehen werden kann. Die Lösung der Frage wird dahin gehen, daß vom Reichsamt des Innern ein Reichswirtschaftsamt abgezweigt wird, das aus der Abteilung für Sozialpolitik und der wirtschaftspolitischen Abteilung besteht. Dem neuen Amt dürfte auch die Abteilung für Seeschiffahrt und das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft angegliedert werden.

Minierarbeit gegen die Wahlreform.

Die alldeutsch-reaktionäre Presse trägt fleißig Stimmen gegen die preußische Wahlreform zusammen, um damit den Kampf der Konservativen gegen das gleiche Wahlrecht zu stärken. Das Geschäft wird ihr nicht allzu schwer, denn in allen bürgerlichen Parteien waren und sind noch Gegner des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Die Freisinnigen werden daran erinnert, daß sie sich mit den fadenscheinigsten Gründen gegen das gleiche Kommunalwahlrecht wehren, daß sie den breiten Volksschichten nicht gestatten wollen, mitzuwirtschaften aus dem „Portemonnaie der anderen", weshalb die Deutsche Zeitung auch glaubt, daß man „die fortschrittliche Begeisterung für das gleiche Wahlrecht in Preußen nicht schneller dämpfen könne, als durch die Forderung, daß es, wenn der Staat damit beglückt werden soll, gleichzeitig auch den Gemeinden blühen muß".

Neuerdings läuft der preußische Zentrumsabgeordnete Heß Sturm gegen die Wahlreform; er schreibt in der Köln. Volksztg.:

„Mit der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wird in erster Linie für den Katholizismus eine vollkommen neue Situation geschaffen werden. Das Zentrum des Abgeordnetenhauses hatte bisher mit den Konservativen in Weltanschauungsfragen sehr viel grundsätzlich gemeinsame Interessen. Im neuen Abgeordnetenhause wird keine starke konservative Partei mehr vorhanden sein, mit der das Zentrum in solchen Fragen gehen könnte. Es wird sich vielmehr voraussichtlich sehr bald einer geschlossenen liberalen Mehrheit gegenübersehen, was um so gefährlicher sein wird, als das Zentrum selbst bei dem neuen Wahlrecht eine nicht unerhebliche Einbuße an Mandaten erleiden dürfte. Die Tonart dieser Mehrheit aber wird von ihrem linksten, sozialdemokratischen Flügel bestimmt werden. Und wie sie lauten wird, davon haben wir ja seit rund zwei Legislaturperioden drastische Proben genug bekommen."

Es erscheint Herrn Heß geradezu verhängnisvoll, wenn die Wahlreform in Preußen lediglich unter dem Gesichtswinkel betrachtet würde, daß mit ihr und durch sie „der Herrschaft der Konservativen ein Ende gemacht wird", und nunmehr endlich die Demokratie ihren Siegeszug beginnen könne. — Da er aber selbst einsieht, daß unter dem gleichen Wahlrecht im Abgeordnetenhause „keine starke konservative Partei mehr vorhanden sein" wird, müßte er und seine Fraktion gegen die Wahlreform sein, was er mit seinem Artikel wohl auch bewirken will. — Die Wahlrechtsreform wird, wie diese Vorspiele zeigen, noch harte Kämpfe kosten — trotz kaiserlichen Erlaß und Kanzlerversprechungen.

Wie Oesterreich werden soll.

Das Wiener Regierungsorgan erklärt zur Bildung des neuen Kabinetts: Ein neues definitives Kabinett soll in Oesterreich gebildet werden. Die neue Regierung soll nicht ein Koalitionsministerium darstellen, sondern ein Konzentrationsministerium aller lebenden Kräfte Oesterreichs. In ihm sollen die Vertreter aller Nationen Platz nehmen, und es soll ein getreues Spiegelbild der ethnographischen Zusammensetzung Oesterreichs werden. Der Pfad, welcher eingeschlagen werden muß, um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, ist die Verfassungsrevision. Die neue Verfassung soll die freie Entwicklung aller Nationen gewährleisten, den Kampf der Völker ausschalten und dadurch die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte für den Staat und für die Hebung des wirtschaftlichen Wohlstandes ermöglichen. Das Prinzip lautet: Nationale Autonomie mit Kreiseinteilung und Beibehaltung der bisherigen Grenzen der Kronländer. Um den Kampf der einzelnen wirtschaftlichen Interessengruppen zum Aufhören zu bringen, sei vorerst ein ökonomisches Programm festzulegen für die Kriegsziele, für die Uebergangszeit zum Frieden und für die Epoche der Wiederkehr normaler friedlicher Zustände. Um dieses Ziel zu erreichen, gäbe es nur ein wirksames Mittel, nämlich die Hebung der Produktion.

Ein weitgestecktes Programm. Aber nun: die Verwirklichung!

Kleine politische Nachrichten.

Die Immunität der Landtagsabgeordneten. Aus Anlaß des Falles Hoschka, dessen Immunität vom Reichsgericht nicht anerkannt wurde, hat der staatsrechtliche Ausschuß der Zweiten württembergischen Kammer beschlossen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat anzuregen, daß im § 6 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung die Bestimmung im Absatz 2 Ziffer 1 gestrichen und dafür eine Bestimmung des Inhalts aufgenommen wird: „Die Bestimmungen im Art. 31 der Reichsverfassung finden auf die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und deren Mitglieder entsprechende Anwendung."

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes beruft eine internationale Gewerkschaftskonferenz zum 1. Oktober nach Bern ein. Auf der Tagesordnung stehen 1. Konstituierung und Sitzbestimmung für das Internat. Gewerkschaftsbureau, 2. die Anträge der internationalen Gewerkschaft zum Friedenskongreß. Die Behandlung von politischen Fragen ist ausgeschlossen. Jedes Land kann bis zu 10 Delegierte entsenden, hat jedoch nur eine Stimme.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat, wie weiter gemeldet wird, die Einladung angenommen und in Gemeinschaft mit der Vorstandskonferenz die deutschen Vertreter bestimmt.

*

Keine freien Gast- und Schankwirte mehr. Die regierungssozialistische F. K. schreibt: „Der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands hat auf seiner jüngsten, 10. Generalversammlung beschlossen, das Wort „Frei" aus seinem Titel zu streichen und den Hinweis auf die Zugehörigkeit seiner Mitglieder zur sozialdemokratischen Partei aus dem Statut zu entfernen. Anlaß dazu bot ihm die Trennung der Unabhängigen von der Sozialdemokratie und der Wunsch, die Hineintragung des Parteistreites in die rund 9000 Mitglieder umfassende Gastwirte-Organisation zu vermeiden. **In Wahrheit haben sich die Beziehungen zwischen den freien**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0002

Gastwirten und den Arbeiterverbänden schon längst gelöst. Die Zeit, in der die Gastwirte eine bedeutende Rolle in der Arbeiterbewegung spielten, hauptsächlich weil gemaßregelte Arbeiter nur noch im Gastwirtschaftsgewerbe Unterkunft fanden, ist längst vorbei. Die formelle Trennung schließt nur eine längstvollzogene Entwicklung ab."

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Offenburg (Baden) hat mit 19 gegen 9 Stimmen beschlossen, sich der Unabhängigen Partei anzuschließen.

Die norwegische Partei beschließt Dienstverweigerung!

Aus Christiania wird gemeldet: Die Arbeitertagung, die am 28. und 29. Juli in Trondjem abgehalten wurde, hat in der Militärfrage eine Entschließung zugunsten der direkten Aktion, d. h. der Dienstverweigerung gefaßt. Die norwegische Parteileitung hat nun zur Erhaltung der Parteieinheit eine gemeinsame Beratung mit den Gewerkschaften einberufen.

Genauere Nachrichten müssen abgewartet werden, ehe man Klarheit über diese Vorgänge erhält.

Vom Krieg zum Frieden.

Das Programm der gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen für die Uebergangswirtschaft.

Die Vereinigten Arbeiterverbände haben jetzt dem Bundesrat und Reichstag die „Gewerkschaftlichen Forderungen für den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft" überreicht. Unterschrieben ist die Denkschrift von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, vom Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, vom Verband der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Duncker), von der Polnischen Berufsvereinigung, von der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände. Die Petition enthält in sieben Hauptabschnitten die Forderungen der Arbeiter und Angestellten für die Uebergangswirtschaft und ist mit einer eingehenden Begründung versehen.

An der Spitze steht das Verlangen, im Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft und dem Wirtschaftsausschuß im Reichsamt des Innern den Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbänden eine genügende Vertretung einzuräumen. Es liegt ja auf der Hand, wie stark die Arbeiter daran interessiert sind, bei der Ordnung der Uebergangswirtschaft auch ihre Interessen zur Geltung bringen zu könne. Bis die

Wiederinstandsetzung der Volkswirtschaft

durchgeführt ist, bleibt eine weitgehende staatliche Einwirkung auf die Wirtschaft und das Ernährungswesen eine gebieterische Notwendigkeit. Der Industrie und dem Handel sofort nach Friedensschluß die Freiheit zurückzugeben, lediglich mit Rücksicht auf den Gewinn zu arbeiten, hieße über die Volksmassen neues, schweres Elend verhängen und die Wiederkehr normaler Zustände lange hinausögern. Insbesondere Einfuhr und Ausfuhr müssen unter öffentlicher Kontrolle des Reichskommissariats bleiben. Es hat dafür zu sorgen, daß die wichtigsten Rohstoffe und Nahrungsmittel zuerst herangeschafft und in gerechter Weise auf die vorhandenen Betriebe verteilt werden. Die Kriegsgesellschaften für die einzelnen Industrien haben also bis zur völligen Wiederkehr der Friedenszustände fortzuwirken. Die Oberaufsicht führt das Reichskommissariat, das auf der einen Seite die Einfuhr für den notwendigsten Bedarf planmäßig zu fördern, auf der andern Seite aber auch die Ausfuhr all dessen zu unterstützen hat, was wir im Ueberfluß haben und nicht notwendig gebrauchen, insbesondere von Kohle, Eisen und Erzeugnissen der chemischen Industrie. Zugleich ist beim Friedensschluß auch im Arbeiterinteresse besondere Rücksicht darauf zu nehmen, daß das Deutsche Reich eine genügende Anzahl von Guthaben und Gegenforderungen im Auslande erhält, damit wir die notwendige Einfuhr ohne weitere Entwertung unseres Geldes durchführen können. Auch der Einkauf im Auslande soll monopolisiert bleiben, damit nicht das wilde Treiben der Aufkäufer im freien Wettbewerb außerordentliche Preissteigerungen zum Schaden der deutschen Gesamtwirtschaft herbeiführt. Das Einfuhrmonopol muß ergänzt werden durch die Genehmigung für die Ausfuhr, damit nicht Deutschland vorzeitig von Waren entblößt wird, nach denen der heimische Bedarf dringend verlangt.

Die Eisenbahnen

werden nach Kriegsschluß noch geraume Zeit überlastet sein. Deshalb sind die Binnenwasserstraßen auszubauen und einheitlich durch das Reich zu verwalten. Noch wichtiger ist die Herrschaft der Allgemeinheit über die deutsche Seeschiffahrt. Die Verwendung des viel zu knappen Frachtraums, die Festlegung der Routen und der Beförderungstarife muß dem Reichskommissariat unterstellt werden. Ebenso notwendig wie die Kontrolle über die Reedereien wird die öffentliche Aufsicht über die Syndikate und Kartelle sein, die durch ihre Monopolstellung große Macht über die Wirtschaft ausüben können. Zur Wiederbelebung der Industrie, die namentlich im Baugewerbe auch nach dem Kriege noch stillzuliegen droht, sollen die öffentlichen Verwaltungskörperschaften rechtzeitig Pläne für ihre Anträge ausarbeiten. Endlich sollen zur zweckmäßigen Durchführung aller dieser Maßnahmen dem Reichskommissariat Wirtschaftsämter in den Einzelstaaten und Provinzen zur Seite gehen, in denen wiederum Arbeiter und Angestellte nach Gebühr vertreten sein sollen.

Dies ist die erste Hauptgruppe der Forderungen, die sich auf die wirtschaftlichen Maßnahmen nach Kriegsschluß beziehen. Ihr Inhalt läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Gründe, welche während des Krieges zu tiefen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft zwangen, auch nach Kriegsende fortbestehen. Nicht anders liegt es für den zweiten Hauptteil der Uebergangswirtschaft,

die Lebensmittelversorgung.

Rationierung, Beschlagnahme, Höchstpreise, öffentliche Bewirtschaftung, Massenspeisung und Kriegsküchen müssen bis zum Wiedervorhandensein genügender Vorräte beibehalten werden. Reichsgetreidestelle, Zentraleinkaufsgesellschaft und die andern Kriegsernährungsgesellschaften haben fortzubestehen. Hierzu heißt es in der Begründung:

„Die vielfachen Angriffe gegen die Z.-E.-G. können uns nicht davon abhalten, diese Einrichtung grundsätzlich auch für die Uebergangswirtschaft zu empfehlen, zumal diese Angriffe oft ganz unbegründet waren und zumeist von den von der Z.-E.-G. in ihrer Tätigkeit beeinträchtigten Interessentenkreisen ausgingen. . . . Wir können nicht darauf verzichten, im Interesse der Arbeiter und Angestellten und auch der großen Schichten des Mittelstandes, zu fordern, daß in der Nahrungsmittelversorgung im wesentlichen die Einrichtungen, die sich bewährt haben, aufrechterhalten werden."

Die Einfuhr von Vieh, Nahrungs- und Futtermitteln soll planmäßig gefördert werden; alle kleinlichen Grenzschikanen müssen unterbleiben. Hauptaufgabe bleibt dabei die Förderung der einheimischen Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft. Da der Arbeitermangel für die Landwirtschaft wahrscheinlich fortdauern wird, ist ihre Versorgung mit Maschinen geboten, die für den Bauernbetrieb durch genossenschaftlichen Zusammenschluß rentabel zu machen sind. Jede Benachteiligung der Konsumvereine, die sich im Kriege so glänzend bewährt haben, ist seitens der Behörden zu unterlassen.

Das dritte Kapitel der Denkschrift enthält die Forderungen für

die Arbeitsvermittlung.

Solange die dringend notwendige einheitliche Regelung durch Reichsgesetz noch fehlt, sind die Zentralauskunftsstellen zusammenzuschließen und durch eine Reichsstelle im Verkehr miteinander zu bringen. Alle offenen Stellen müssen bei einem allgemeinen oder paritätisch-beruflichen Arbeitsnachweis gemeldet werden, auch von den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern. Für das Aufsuchen von Arbeit ist den Kriegsteilnehmern und Hilfsdienstpflichtigen bei ihrer Entlassung freie Fahrt zu gewähren. Die Zulassung ausländischer Arbeiter darf während der Uebergangswirtschaft nur durch die Reichsstelle aller Arbeitsnachweise nach Anhörung der Organisationsvertreter erfolgen. Den ausländischen Arbeitern muß mindestens der gleiche Lohn gezahlt werden wie den einheimischen.

Die weiteren Forderungen betreffen die eigentliche Demobilisation. Die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienst und der Dienstpflichtigen ist zu regeln, daß die zum Wiederaufbau der Wirtschaft wichtigsten Kräfte, z. B. die Bergleute und die Arbeiter im Verkehrswesen, zuerst und möglichst rasch entlassen werden. Doch soll nicht etwa in Rücksicht auf Arbeitsmangel ein Kriegsteilnehmer länger festgehalten werden, als militärisch notwendig ist. Wer eine angemessene Beschäftigung nicht zugewiesen erhält, soll Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Die Dienstbezüge für Beurlaubte und die Familienunterstützung sind den entlassenen Kriegsteilnehmern noch für mindestens einen Monat nach der Entlassung weiterzuzahlen. Kriegsteilnehmern mit erheblich geschwächter Gesundheit soll ausreichender Erholungsurlaub und nötigenfalls Kuraufenthalt auf Kosten des Reiches gewährt werden. Unternehmer, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, sollen auf je 20 Arbeiter wenigstens einen Kriegsbeschädigten einstellen, die öffentlichen Betriebe haben ihre Kriegsbeschädigten unter allen Umständen wieder zu beschäftigen. Die Anrechnung der Rente auf den Lohn ist streng zu untersagen. Kriegsteilnehmer mit Familie sollen nach Möglichkeit in den Betrieb wieder eingestellt werden, in dem sie vor dem Kriege beschäftigt waren, wenn sie dort schon ein Jahr tätig gewesen sind. Weitergehende Forderungen der Angestellten in dieser Hinsicht bleiben vorbehalten.

Der fünfte Abschnitt des Gewerkschaftsprogramms für die Uebergangswirtschaft beschäftigt sich mit der

Sozialpolitik.

Die Arbeiterschutzforderungen der Gewerkschaften für die Nachkriegszeit werden den Reichsbehörden noch in einer besonderen Denkschrift unterbreitet werden. Für die Uebergangszeit wird die sofortige Inkraftsetzung der während des Krieges aufgehobenen Schutzbestimmungen und die Aufrechterhaltung der während des Krieges erreichten sozialen Fortschritte gefordert, insbesondere Verbot der Nachtarbeit, 7-Uhr-Ladenschluß, Wöchnerinnen-Unterstützung, Recht der Arbeiterausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz und Schlichtstellen. Weiter sind Arbeiterkammern einzurichten, die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung, und Kriegsbeschädigtenfürsorge behördlich zu unterstützen und den Fachausschüssen in der Heimarbeit die Befugnis beizulegen, daß sie Lohn- und Arbeitsverhältnisse rechtsverbindlich regeln.

Der vorletzte Forderungsbezirk umfaßt die Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer. Der während der Kriegszeit geschaffene Schuldnerschutz soll aufrechterhalten werden, die Mieteinigungsämter bestehen bleiben. Oeffentliche Darlehnskassen sollen durch Reichsmittel den in wirtschaftlichen Verfall geratenen Kriegsteilnehmern den Wiederaufbau ihrer Existenz erleichtern.

Als letzter Hauptabschnitt endlich kommen

die Wohnungsfragen

an die Reihe. Gemeinnützige Bauvereinigungen sollen aus öffentlichen Mitteln billigen Kredit erhalten, die Gemeinden sollen ihr Baugelände beschleunigt erschließen und die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten planmäßig fördern. Niedrige Tarife für den Nah- und Vorortverkehr sollen eine gesunde Siedlungspolitik erleichtern. Auch den Hauseigentümern soll bei der Abtragung rückständig gebliebener Hypothekenzinsen öffentliche Hilfe nicht versagt bleiben.

Diese Angaben erschöpfen die Ideen und Anregungen in der neuen Gewerkschaftsdenkschrift nicht. Ganz wichtige Gegenstände, wie die Rechtsforderungen für Landarbeiter oder die Aufrechterhaltung der Ansprüche von Kriegsteilnehmern an Betriebskassen haben wir gar nicht einmal erwähnt. Es ist eben ganz außerordentlich viel, was geschehen muß. In jedem Falle wird es notwendig sein, daß starke einheitliche Organisationen diese Ansprüche mit Nachdruck vertreten.

Ums tägliche Brot.

Die Preistreiberei im Kettenhandel.

Wie der Kettenhandel die Preise in die Höhe treibt, zeigt eine vor dem Landgericht Berlin verhandelte Anklage gegen die Kaufleute Karl Rosenthal, Leopold Fischer und Julius Bethge. Rosenthal hatte als Vermittler 20 000 Dosen Leberwurst-Konserven, die aus dem Auslande stammten, an die Gemeinde Treptow zum Preise von 1,21 Mark verkauft und bei diesem Geschäft etwa 3200 Mark verdient. Die Gemeinde Treptow wollte die Konserven als Lebensmittel verkaufen, da sie aber nicht genügend Absatz fanden, so verkaufte die Gemeinde die Leberwurst, von der etwa 3000 Dosen abgegangen waren, zu dem Preise von 1,25 Mk. an Rosenthal zurück. Dieser verkaufte die Wurstkonserven zum Preise von 1,42 Mk. an den Angeklagten Fischer, der die Ware auf Lager nahm. Von diesem gingen sie weiter an den Kaufmann Eberlein zum Preis von 1,50 Mk., von dort wurde sie zu 1,90 Mk., dann zu 2,25 Mk. und schließlich zu 2,60 Mk. an den Kleinhändler Bethge abgegeben, der davon zu 3,50 Mk. verkaufte. Staatsanwalt Schindler beantragte gegen Rosenthal, der zweimal bei diesem Geschäft verdient hat, 10 000 Mark, gegen Fischer 5000 Mark, gegen Bethge 50 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Bethge zu 50 Mark Geldstrafe. Gegen Rosenthal erkannte es auf 4000 Mark und gegen Fischer auf 3000 Mark Geldstrafe.

Volkswirtschaftliches.

Einfuhrbeschränkung zur Hebung des Geldkurses.

Die deutsche Markwährung ist in den drei Kriegsjahren im neutralen Auslande bekanntlich stark entwertet. Um die Markwährung nach dem Kriege aufzubessern, soll die Einfuhr erheblich beschränkt werden, bis die Handelsbilanz wieder eine aktive geworden ist. Amtlich wird über diese Absichten mitgeteilt:

„In den Kreisen des See-Einfuhrhandels sind Befürchtungen laut geworden, die von dem Reichskommissar für Uebergangswirtschaft vorbereitete Regelung der Rohstoffeinfuhr bedeute eine Bevorzugung der verarbeitenden Industrien auf Kosten des deutschen Einfuhrhandels. Diese Befürchtung wird sich bei näherer Prüfung der geplanten Maßnahmen als grundlos erweisen. Daß die Knappheit des verfügbaren Schiffsraums und die Belastung unserer Zahlungsbilanz zu einer Beschränkung der Einfuhrmengen und zu möglichst gleichmäßiger Verteilung der eingeführten Mengen an die verarbeitenden Industrien zwingt, dürfte allgemein anerkannt sein. Die aus diesen Gründen erforderlichen Maßnahmen können nur bei der Industrie durchgeführt werden, nicht bei dem Handel, dessen Natur unmittelbare staatliche Eingriffe, die seine Bewegungsfreiheit einschränken, schwerer erträgt als irgendein anderer Erwerbszweig. Auch kann wohl die Leistungsfähigkeit des einzelnen industriellen Betriebes, nicht aber der Anteil des einzelnen Händlers an der Gesamteinfuhr nach bestimmten Anhaltspunkten ermittelt werden.

Es ist geplant, den Rohstoffeinkauf im Ausland selbst von jeder staatlichen Regelung frei zu lassen; nur soweit deutscher Schiffsraum erforderlich wird und Zahlungsmittel in Anspruch genommen werden, wird auch der Handel sich in die aus der Zuteilung von Schiffsraum und Zahlungsmitteln sich ergebenden Einschränkungen fügen müssen. Soweit es sich um industrielle Rohstoffe handelt, soll die Zuteilung der zur Verfügung stehenden Schiffsräume und Zahlungsmittel an Selbstverwaltungskörper der Industrie erfolgen, die bei ihren Verfügungen im Einvernehmen mit dem Reichskommissar vorgehen werden. Es ist nicht zu befürchten, daß dies zu einer Ausschaltung des See-Einfuhrhandels führen wird. Falls nötig, werden besondere Schutzmaßnahmen getroffen werden. Es ist indessen kaum anzunehmen, daß solche Maßnahmen nötig werden, denn nach dem Verlauf der durch den Reichskommissar eingeleiteten Verhandlungen zwischen Industrie und Handel darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß es in jedem einzelnen Zweig der Rohstoffeinfuhr zu einer Verteilung der Arbeitsgebiete der beiden Erwerbsgruppen kommen wird, die beide Teile befriedigt und den raschen Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft auf die zweckmäßigste Weise sicherstellt."

Die amtliche Erklärung konstatiert das Einvernehmen zwischen Handel und Industrie über die geplante Einfuhrbeschränkung. Die Masse der Konsumenten, für welche die Einfuhrbeschränkungen viel bedeutungsvoller werden, da sie den Preis der Waren außerordentlich hochhalten, hat man offenbar nicht gefragt. Hätte man Vertreter der Konsumenten zugezogen, die würden sich sicher gegen die künstliche Fernhaltung ausländischer Waren nach dem Kriege gewandt haben angesichts des Mangels und der Wucherpreise in den Kriegsjahren.

Allerlei.

Das bestialische Lynchen in Amerika.

Dieser Tage wurde gemeldet, daß die aufgehetzten Kriegswütteriche einen Gewerkschaftsfunktionär, der für den Frieden wirkte, gelyncht haben. Jetzt wird gemeldet:

Der Avanti entnimmt dem Nuove Giornale eine Nachricht über einen im Mai vorgekommenen Fall von Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten. Unter der Beschuldigung, ein Kind ermordet zu haben, wurde ein Neger mit Petroleum übergossen, angezündet und an einen Baum gehängt, wobei der Verbrennungsprozeß, dem Tausende zusahen, etwa eine Stunde dauerte. — „Unter dem Regime der Gerechtigkeit und Demokratie", meint Avanti, „hat solche schnelle Justiz entschieden ihre Vorteile. Wozu erst Verhaftung, Untersuchungshaft, Verhandlungen und Berufungen! Im demokratischen Lande Wilsons macht man so etwas viel einfacher, und der hängende Leichnam eines Gerichteten beleuchtet wie eine Fackel das Land, seine Einrichtungen und Gebräuche!"

Gepäckkontrolle auf Bahnhöfe.

Im Münchener Hauptbahnhof und in anderen bayrischen Bahnhöfen ist seit einigen Tagen, um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern, bei Aufgabe des Gepäcks eine strenge Kontrolle eingeführt. Der Gepäckschein wird erst nach Oeffnung und Untersuchung des Inhalts der Koffer usw. ausgestellt.

Verhaftung von Zuckerschiebern. In Berlin wurden zwei Zuckerschieber verhaftet. Der Zucker wurde waggonweise „geschoben". Der Kaufmann Winter bot der Firma Janß und Hansen 200 Zentner Zucker für 2,50 Mk. das Pfund an und wollte alle 14 Tage einen Waggon liefern. Janß u. Hansen stellten die Ladung im ganzen mit 2,65 Mk. das Pfund dem Apotheker Prostaner an, dieser machte dann Angebote an andere Firmen für 3,25 und 3,40 Mk. Der Zucker wäre also, ohne überhaupt den Wagon verlassen zu haben, von Winter bis zum letzten Großabnehmer um 18 000 Mk. teurer geworden und dann an das zahlungsfähige Publikum zu noch unverschämteren Wucherpreisen veräußert worden. Prostaner und Winter wurden verhaftet.

Das Geld rettet vorerst. Der Weingroßhändler Alfred Walterspiel, Inhaber des Weinrestaurants Hiller in Berlin, wurde gegen Hinterlegung von 100 000 Mk. als Bürgschaftssumme aus der Untersuchungshaft entlassen.

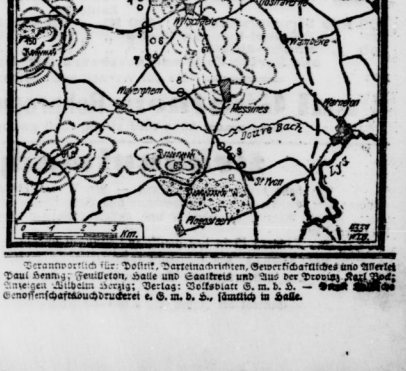
Bergmannstierben. Bochum, 2. August. Bis jetzt sind auf der Zeche Präsident von den bei der Schlagwetter-Explosion verunglückten Bergleuten 30 geborgen, darunter 15 Tote und 15 Schwerverletzte. Ob sich noch weitere Opfer in der Grube befinden, steht noch nicht fest.

Pilzvergiftung. In Haltern in Westfalen erkrankte die achtköpfige Familie eines Landwirts an Pilzvergiftung, sechs Kinder sind bereits gestorben.

Das gelobte Land auf Java. Nach einer Meldung aus dem Haag werden sich demnächst einige jüdische junge Männer aus Holland nach Niederländisch-Indien begeben, um dort die Möglichkeit der Gründung einer jüdischen Kolonie auf Java zu studieren und vorzubereiten.

Wegen übermäßiger Preissteigerung beim Verkauf von Waschpulver wurde der Kaufmann E. Wichmann von der Strafkammer in Essen zu sechs Monaten Gefängnis und 11 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Frontveränderung durch die Schlacht am Wytschaetebogen Anfang Juni.



Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Henning; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Beck; Anzeigen Wilhelm Hertzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Buchdruckerei Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0003

Halle'sche Genossenschafts-Buchdruckerei

(e. G. m. b. H.) Halle a. S.

Sonntag, den 12. August 1917, nachmitt. ¾4 Uhr, im „Volkspark", Burgstr. 27:

General-Versammlung.

Tagesordnung: **Halbjahrsbericht.**

Anträge der Mitglieder, die auf die Tagesordnung kommen sollen, müssen 8 Tage zuvor schriftlich beim Vorstande eingereicht sein.

Zutritt nur für Mitglieder.

Halle a. S., den 4. August 1917. 1392

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.)

J. A.: **A. Jähnig. K. Reiwand.**

An alle Holzarbeiter

in Halle und Umgegend.

Montag den 6. August, abends 6½ Uhr (gleich nach Arbeitsschluß) im Konzerthaus, Karlstraße 14:

Allgemeine Holzarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

Nochmalige Stellungnahme zu den vor dem Kriegsamt gescheiterten Verhandlungen.

Es ist Pflicht aller Holzarbeiter und -arbeiterinnen pünktlich anwesend zu sein. 1395

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Halle.
Gewerkverein der Holzarbeiter, Ortsverein Halle.

Konzerthaus „Oberpollinger".

Treffpunkt aller Urlauber. 1049

Neue Kapelle! **Gastiert zum ersten Male in Halle!**

Täglich: Großes Konzert

des **Wiener Damen-Blas-Orchesters „Lyra"**, unter persönlicher Leitung von Fr. Dir. **Schutzky.**

Um regen Zuspruch bittet Frau **Elsa Beth.**

Pfälzer Schießgraben.

Im grossen Garten täglich:

Grosses Volks-Konzert.

Anfang 7½ Uhr. **Eintritt frei.**

Kapelle des Herrn Direktor **Görlach.** 1035

Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

Konzerthaus „Altenburger Hof". Am alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich grosse Konzerte 1387

der Hauskapelle **Schneidige Mädel.**

Ergebenst ladet ein **Frau F. Kampe.**

Mein Uhren-Verkauf, sowie Reparatur-Werkstatt

für **Uhren, Musikwerke** und **Sprechapparate** befindet sich **vom 1. August ds. Js.** ab

24 Alter Markt 24, 1 Treppe.

Für das mir bisher in so überaus reichem Maße geschenkte Vertrauen herzlichst dankend, bitte ich, mir dasselbe auch ferner gütigst bewahren zu wollen. 1309

Clemens Kühnel, Uhrmacher.

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jacketts und -Mäntel 7.85 bis 68 Mk. + Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. + Imprägnierte Mäntel 29.75 bis 78 Mk. + Schwarze Seiden-Jacketts und Mäntel 19.75 bis 85 Mk. + Covercoat-Paletots 30.75 bis 88 Mark. + Kostümröcke aus gemusterten Stoffen, Samt, Taft und leichten Sommerstoffen 7.85 bis 42 Mk.

1101

im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Eis. Dreifüße (auch für Wiederverkäufer) offeriert 1373

Paul Andersch, Lederhandlung, **Magdeburgerstr. 8.**

Rosshaare, *726

gebr., kauft z. höchsten Preisen. **Fallek, Mansfelderstraße 29.**

Nationalstiftung

für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Der 3. Jahrestag des Beginnes des furchtbaren Weltkrieges erinnerte uns an die Pflicht der Nächstenliebe, vor allem für diejenigen zu sorgen, die am schwersten durch ihn getroffen wurden, das sind die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Für sie ist die Nationalstiftung ins Leben gerufen und hat bereits in Stadt und Land 88 Millionen gesammelt; sie wächst von Tag zu Tag. Aber von Tag zu Tag wächst auch die Zahl der Hinterbliebenen, für die sie sorgen muß. Der große Gedanke der Nationalstiftung geht dahin, eine lückenlose Fürsorge im ganzen Lande und zugleich eine gleichmäßige Verwendung der aufkommenden Mittel nach Massgabe des Bedürfnisses zu gewährleisten. Unsere Krieger zogen in den Kampf und liessen ihr Leben nicht allein um ihrer engeren Heimat willen sondern für das ganze Vaterland; das Landvolk trat ebenso für die Städter ein wie umgekehrt. Dieser Gemeinsamkeit draussen entsprang das Recht und die Pflicht zur allgemeinen und gemeinsamen Versorgung der Hinterbliebenen, damit nicht die in reicheren Gegenden Lebenden hinter denen der ärmeren zurückstehen müssen, was schliesslich, weil in dem Wettlaufe die Städte siegen würden, auf eine Begünstigung der Landflucht hinauslaufen würde.

In der ganzen Provinz sind bisher für die Nationalstiftung gesammelt 2 696 000 Mk.; davon entfallen auf Halle bisher nur 64 000 Mk. Hingegen sind aus der Nationalstiftung bereits an Hinterbliebene in Halle an Unterstützungen gezahlt 13 600 Mk. Bürger von Halle! Tut Eure milde Hand auf, ehret die Gefallenen aus dem ganzen deutschen Vaterlande in ihren Hinterbliebenen und spendet reichlich für diejenigen, welche zu versorgen des ganzen Vaterlandes höchste Pflicht ist! Geldmittel für die Nationalstiftung nimmt an jedes Bankhaus zu Halle sowie

der Provinzial-Ausschuss Sachsen der Nationalstiftung.

v. Hegel,

Wirklicher Geheimrat, Oberpräsident der Provinz Sachsen.

*684

1061

Ehefragen *646

Aerztl. Belehr. f. Verlobte u. Verheiratete. Von Dr. med. K. Hutten. Mit Anhang: Knabe od. Mädchen? Das gediegene Buch wird reifen Menschen ein sachkund. Ratgeb. i. d. wichtigst. Fragen beglückend. Lebens-Gemeinschaft sein. Für M. 1.50, Nachnahme M. 1.70. vom Hausarzt-Verlag, Berlin-Steglitz 31.

Kontor-Utensilien

in allen Arten, bei *721

J. Zoebisch, Gr. Steinstraße 82.

Mode-Zeitungen empfehlen die **Volksbuchhdlg.**

Zirka 10000 gesch. starke Latten,

1000 Spalierlatten, za. 1 m lang, Bohlen, Türen, Fenster, Traillen, Handgriffe, Sandsteinstufen, zehn Steinkarren u. v. mehr zu verkaufen. *723

G. Lindner, Tholuckstraße 9. Fernspr. 4920.

Platt-, Senk- u. Hohlfuss-Stützeinlagen.

Künzels „Fuß-Heil"

bestes Mittel gegen Schweißfuß.

1074 **C. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 41.

Lumpen, Knochen, Eisen, 1062 **Metalle, Papier** kauft

Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Achtung!

Lumpen, Knochen, Sackzeug, Papier, Eisen *725

kaufen zu höchsten Preisen

Rost & Goedecke

Inh.: **Fallek, Mansfelderst. 29.**

1391 **Auf Abzahlung**

liefern wir einzelne

Möbel,

Polstermöbel, ganze **Wohnungs-Einrichtungen, Herren- u. Knaben-Kleidung, Teppiche, Kinderwagen.**

Zahlungsbedingungen günstig.

Eichmann & Co. Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstr.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **die Volksbuchhandlung.**

Merseburg.

Elektromonteur, langjähriger **Parteigenosse,** **sucht** zur bevorstehenden Heirat **sofort** oder in den nächsten Wochen in **Merseburg**

Wohn- u. Schlafzimmer möbliert

mit Kochgelegenheit oder Küchenanteil, wahrscheinlich für die Dauer des Krieges. *731

Günstige Vermietungsgelegenheit für Kriegerfrau oder Witwe. Gefl. Angebote an Lagerhalter **Selling, Lauchstädterstr. 22.**

Arbeitsmarkt

Lehrmädchen für Blumenbinderei

sucht gegen Vergütung 1389 **A. Ewald,** Steinweg 25.

Geschirrführer

sucht *714

A. W. Haase, Speditionsgeschäft.

Violin-, Mandolin-, Klavier- u. Gitarre-Unterricht erteilt

1102 **August May,** Torstr. 48.

3 Geigen mit Kästen zu verk.

Munitions-Arbeiterinnen und Kernmacherinnen

werden **dauernd für Halle und auswärts in grosser Zahl gesucht.** *728

Frauen-Arbeitsmeldestelle, Leipzigerstrasse 16 I.

Militärfreie Maurer 1386

nach außerhalb gegen entsprechenden Lohn sofort gesucht. Fahrgeld wird nach sechswöchentlicher Arbeitszeit vergütet. Arbeitsdauer: zirka 3 Jahre. Beköstigung und Schlafen am Platze. Zu melden bis Sonntag 1 Uhr beim **Bauleiter Koch,** Raffineriestr. 1 p.

Familien-Nachrichten.

Am 27. Juli erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser hoffnungsvoller und unvergeßlicher Sohn, unser, über alles geliebter Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam, der

Vice-Feldwebel **Karl Kaps**

(Fuß-Artillerist im Bataillon 59, 1. Batterie), Inhaber des Eisernen Kreuzes,

im 25. Lebensjahre, dem furchtbaren Weltkriege zum Opfer fiel.

In unsagbarem Schmerz die tieftrauernden Eltern nebst allen Angehörigen:

Karl Kaps und Frau,

Anna Busch geb. Kaps, **Luise Kaps, Berta Kaps, Frieda Kaps, Gottlieb Kaps** als Bruder, zurz. i. Felde,

*722 **Hermann Busch** als Schwager, **Anna Raap** als Braut, **Hermann Busch** als Neffe.

Beesenlaublingen, den 1. August 1917.

In der Blüte der Jahre, in der Fülle der Kraft,
Bist du geliebter Sohn und Bruder nun hingerafft.
Und wenn uns auch bricht das blutende Herz,
Wir müssen ertragen den furchtbaren Schmerz.
Und schweift zu dir auch tränenumflort unser Blick,
Du kehrst zu uns doch nimmer zurück.

Ruhe sanft in Frankreichs Erde!

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, der Aufseherin, Frau

Martha Just

geb. Schmidt,

sagen wir allen, die ihr das letzte Geleit gaben und ihren Sarg so reichlich mit Blumen geschmückt haben, unseren innigsten Dank. Besonders Herrn Pastor Gallert für seine trostreichen Worte am Grabe. Vielen Dank auch den Herren Vorgesetzten, Arbeitern und Arbeiterinnen der Munitionsfabrik Beesen.

Halle, Torstraße 26, H., den 4. August 1917.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Witwe Henriette Schmidt, Kinder und Verwandte.

1396

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.

Zahle für

100 Kilo Strumpfwolle	100 Mk.	100 Kilo Neutuch	100 Mk.
100 „ Original-Lumpen	15—30 „	100 „ Knochen	10 „
100 „ Papier-Abfälle	6 „	100 „ Zeitungen u. Bücher	8 „

alle Sorten Felle und Rosshaare höchste Tagespreise.

1104 Hole auf Wunsch auch selber ab.

Paul Günther, Rohprodukten, Taubenstrasse 3, Hof, hinten links.

Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

Bekanntmachung.

Ich habe heute einen Nachtrag — Nr. W. III. 3900/6. 17 K. R. A. — zu der Bekanntmachung betr. Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flachs- und Hanfstroh, Bastfasern (Jute, Flachs, Ramie, europäischer und außereuropäischer Hanf) und von Erzeugnissen aus Bastfasern erlassen.

Der Nachtrag ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 4. August 1917. *730

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. von Lyncker,

General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. August 1917.

Die Metallarbeiter gegen die Instanzenpolitik!

Mitglieder-Versammlungen des deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Halle, tagten am 12. Juli und am 19. Juli im Volkspark. Die Tagesordnung enthielt: 1. **Bericht von der 13. ordentlichen Generalversammlung**; 2. **Verbandsangelegenheiten.** Ueber den Verlauf der Versammlungen und die von ihnen gefaßten bemerkenswerten Beschlüsse erhalten wir von der **Ortsverwaltung der Hallischen Metallarbeiter** heute den folgenden (von uns unwesentlich gekürzten) Bericht: Auf Antrag Schnarchendorf wird beschlossen, den Bericht von der Generalversammlung in zwei Teilen vorzunehmen und zu verhandeln. Gemäß dem Antrage Kaiser wird zunächst Stellung genommen zu folgender **Resolution:**

„Die am 12. Juli im Volkspark tagende Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von der **ungenügenden Lebensmittelversorgung** durch die Stadt. Es ist nicht länger möglich, bei einer solchen Lebensweise auszukommen. Sie beauftragen die Leitung des D. M.-V., sofort Schritte beim Stadternährungsamt zu unternehmen."

Diese Entschließung wird **einstimmig angenommen** mit einem Zusatzantrage Koch, daß erst die Ernährungsausschüsse zusammentreten und vorstellig werden sollen. — Auf Antrag Hennig soll der ausführliche Bericht von der Versammlung in der Metallarbeiterzeitung veröffentlicht werden.

Koll. Fischer erstattet den **Bericht vom Verbandstage.** Er schildert ausführlich die Debatte über den Geschäftsordnungsantrag Dittmann sowie die Referate Schlickes und Dißmanns und bringt längere Zitate aus der Rede von Schwarz-Dresden, dessen Auslassungen er als beschämend bezeichnet. Er bespricht die Zusammensetzung der Generalversammlung und gibt seine Stellungnahme **für die Opposition** bekannt.

Die Kollegen Förster und Matthes erheben Vorwürfe gegen die Geschäftsführer, weil Fischer die Ziffern von der Wahl nicht mitgeteilt wurden. Koll. Heyne gibt das übliche Mitteilungsverfahren gegenüber den Gewählten bekannt und weist darauf hin, daß noch bei keiner Gelegenheit nach dem Wahlergebnis gefragt wurde. In der Aussprache über den Bericht Fischers hält Koll. Vetter die Mitglieder für schuldig daran, daß die Verbandseinrichtungen nicht genügend demokratisch seien. Die Verbandspolitik sei sehr kritikbedürftig, die Behandlung parteipolitischer Fragen im Verband aber nicht zweckmäßig. Koll. Matthes wendet sich gegen die streikfeindliche Verbandspolitik und gegen die Aeußerungen Schlickes über seine Stellung im Kriegsamt. An der Spaltung in der Arbeiterbewegung haben die Mehrheitsvertreter der sozialdemokratischen Partei, an ihrer Spitze die Gewerkschaftsführer, die Schuld. Wenn der Wunsch Legiens erfüllt würde und die, denen die Politik der Gewerkschaftsleitungen nicht paßt, gingen, so blieben die Angestellten allein in den Gewerkschaften. Redner wünscht, die Generalversammlung hätte der **Resolution Dißmann** zugestimmt. Koll. Rößler bringt folgende **Entschließung** ein:

„Die am 12. Juli tagende Mitgliederversammlung des D. M.-V. der Verwaltung Halle a. d. S. nimmt Stellung zum Verbandstag und erklärt sich **mit der Haltung der Opposition einverstanden.** Die Versammelten **verurteilen die Kriegspolitik der Verbandsinstanzen** sowie der Generalkommission und fordern unabhängige, schärfste, klarste proletarische Taktik."

Rößler weist auf die Metallarbeiterzeitung hin, die schon lange für eine bestimmte Richtung Politik betrieb und bezeichnet die Warnung davor, die Politik in die Gewerkschaften zu tragen, als Heuchelei. Als Beweis für diesen Vorwurf verliest er den Bericht des Fachblattes der Schuhmacher über eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, die sich mit dieser Frage befaßte. Für beschämend hält Redner die Adresse der Generalkommission an General Groener und ihre Stellungnahme gegen die Ausständigen. Die Arbeiterbewegung zeige verschiedene Blüten: Schlicke gehe für die Interessen der Arbeiter ins Kriegsamt, andere gehen um der Arbeiterinteressen wegen ins Gefängnis. Rößler wehrt sich gegen Spaltungen im Verband, die Gewerkschaften müßten vielmehr so ausgebaut werden, daß sie unseren Bedürfnissen entsprechen. — Koll. Koch hält es für unmöglich, die Politik von der Gewerkschaft fernzuhalten. Nur muß sie so betrieben werden, daß wir uns nicht veruneinigen, sondern uns immer näherkommen. Einem Antrag Hennig auf **Vertagung** wird zugestimmt.

In der **Versammlung am 19. Juli** wird zunächst der Bericht des Kollegen Koch über die Verhandlung, welche die aus den Ernährungsausschüssen gewählte Kommission mit dem Stadtrat Kinne führte, ohne Diskussion entgegengenommen. Dem Antrage der Ortsverwaltung, in den Betrieben eine allgemeine Bücherkontrolle vorzunehmen, wird nach kurzer Aussprache entsprochen.

In der **Fortsetzung der Besprechung über den Bericht Fischers** kritisiert Koll. Bandermann die Art der Berichterstattung durch den Delegierten. — Koll. Fischer betont, daß er nur das im Wortlaut brachte, was ihm in den Ausführungen der Hauptredner als besonders wichtig erschien. Redner meint, daß die Taktik des Verbandes jetzt eine ganz andere sei als bei der Gründung des Verbandes. Wir müßten erstreben, daß die Gewerkschaftsbeamten das auszuführen haben, was die in den Betrieben tätigen Kollegen beschließen.

Auch Koll. Banse findet, daß die Gewerkschaften ihren alten Charakter verloren haben. Die Angestellten trügen die Schuld daran, daß die Gewerkschaften Regierungsorganisationen geworden seien. Der alte proletarische Geist müsse wieder in die Organisationen, auch die gewerkschaftlichen, getragen werden. Redner kritisiert die Zeichnung von Kriegsanleihe durch den Vorstand. Es müsse reine Bahn geschaffen werden, auch in den Ortsverwaltungen. Die leitenden Personen, die den regierungssozialistischen Standpunkt vertreten, seien ungeeignet.

Koll. Hennig findet die Zeichnung von Kriegsanleihe durch den Vorstand nicht verwunderlich. Den Verbandsbeamten sei das proletarische Empfinden abhanden gekommen. Es müßten Leute in die örtliche Leitung, die mit den Massen übereinstimmend empfinden. — Koll. Heyne pflichtet Vetter bei, daß die Mitglieder durch ihren Mangel an Mitarbeit an den bestehenden Zuständen schuld seien. Die Ortsverwaltung sei jedes Jahr bereit gewesen, sich zur Wahl zu stellen. Der Vorstand sei nicht durch die Ortsverwaltung zur Zeichnung der Kriegsanleihe angeregt worden. Die Ortsverwaltung habe jederzeit ihre Pflicht getan. — Koll. Koch weist ebenfalls jeden Vorwurf zurück, welcher der Ortsverwaltung in der Anleihegeschichte gemacht wird. In bezug auf die Zeichnung der Anleihe meint Redner, mit Privatgeldern könne der Eigentümer machen, was er wolle; aber hier handle es sich um Geld, das für ganz andere Zwecke aufgebracht wurde. Wenn es darauf ankomme, reine Bahn zu machen, so müsse rechts und links mit dem eisernen Besen ganz gründlich gearbeitet werden. — Koll. Rößler sucht in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß die hiesigen Verbandsbeamten die Politik des Vorstandes stützen. Eine Befreiung des Verbandes von diesen Leuten sei keine Spaltung, sondern eine Reinigung.

Koll. Koch mahnt zur Einigkeit und dazu, ehrliche Ansichten als ehrlich anzuerkennen. Leute wie Kolb, Peus, Lensch möchte Redner auch nicht in unseren Reihen sehen. — Koll. Undeutsch wünscht, daß Banse zur Leitung der Hallischen Metallarbeiter bestellt werde. Schon nach einem Jahre würden diese ihr blaues Wunder sehen. Beherzigen müßten wir die Worte Kochs. Der Druck der Unternehmerpresse uns fest zusammen. Vor allem sollten wir uns nicht persönlich verunglimpfen, zum Vorteil unserer wirtschaftlichen Gegner. — Koll. Vetter wünscht, daß die Mitglieder mehr lesen. Dann würde manche Unkenntnis über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften schwinden.

Koll. Banse wendet sich gegen Aeußerungen von Undeutsch, daß die sozialdemokratische Partei ausreichend für den Frieden gearbeitet habe. Schuld an der Spaltung in der Arbeiterbewegung seien die Gesinnungsfreunde Undeutschs. Wenn Undeutsch von Maulhelden rede, die noch kein Flugblatt austrugen, so treffe dies in erster Linie auf die Gewerkschaftsbeamten zu.

Koll. Rößler verlangt von Undeutsch Beweise, wenn der gegen die Sprecher der Opposition gerichtete Vorwurf der Feigheit auf Sprecher in unserer Versammlung gemünzt sei. Immer seien es die Gewerkschaftsangestellten gewesen, die für Rücksichtnahme auf die Regierung eintraten. Koll. Spieß weist die gegen die Ortsverwaltung gerichteten Vorwürfe zurück und erklärt, mit ruhigem Gewissen der Entscheidung der Kollegen entgegensehen zu können.

Zu der Resolution Rößler liegt ein **Zusatzantrag Hennig** vor:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Ausführungen über die Zeichnung von Kriegsanleihe in Höhe von 600 000 Mk. durch den Hauptvorstand. Die Verwaltungsstelle Halle protestiert auf das Entschiedenste gegen eine solche Handlungsweise und wird in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zu handeln wissen."

Die Resolution Rößler wird **einstimmig**, der Zusatzantrag Hennig gegen wenige Stimmen **angenommen.**

Ueber den weiteren Bericht des Koll. Fischer von der Behandlung der zur Generalversammlung gestellten Anträge und Entschließungen wird keine Aussprache beliebt.

Gescheiterte Verhandlungen im Holzgewerbe.

Gestern abend nahm eine außerordentlich starkbesuchte Versammlung der Holzarbeiter und -arbeiterinnen Stellung zu den gescheiterten Verhandlungen vor dem Kriegsamt. Einleitend gab der Kollege Schnabel einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und die im Anschluß hieran erfolgten örtlichen Verhandlungen. Die Versammlung gab in erregten Worten zu erkennen, daß sie es **müde sei, sich noch länger hinhalten zu lassen.** Von einer Anzahl Betrieben konnte berichtet werden, daß die Forderungen von den Unternehmern bereits zugestanden seien und bezahlt werden. Schließlich gelangte folgende **Entschließung** gegen wenige Stimmen zur Annahme.

Die am 3. August aus allen Betrieben von Halle und Umgegend versammelten Holzarbeiter und -arbeiterinnen nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem Resultat der Verhandlungen vor dem Kriegsamt in Berlin.

Die **Schuld für das Scheitern** der Verhandlungen kann die Versammlung nur einzig und allein in dem Verhalten der Unternehmer erblicken, da diese jedes annehmbare Angebot zurückwiesen.

Der **Vermittlungsvorschlag** des Vertreters des Kriegsamts, der für Halle eine weitere Teuerungszulage von 20 Pf. pro Stunde vorsieht, stellt nur das Mindeste dar, das die Holzarbeiter benötigen, um den Druck der gewaltigen Teuerung etwas zu erleichtern. Die Versammlung protestiert deshalb energisch gegen jede weitere Verkürzung und Verschleppung unserer Forderungen.

Durch die gesteigerte Verwendung von **weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften** in unseren Betrieben, die fast ausnahmslos mit Arbeiten unserer männlichen Kollegen beschäftigt werden, ist die Festsetzung eines Mindestlohnes für die Arbeiterinnen ein dringendes Gebot der Stunde und der Moral.

Ebenso hält die Versammlung daran fest, daß den Termin für die Auszahlung der **Teuerungszulage** für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der bereits zugestandene 15. Juni darstellt, und wehrt sich entschieden dagegen, die Arbeiterinnen als sogenannte Nichtvertragsarbeiter hiervon auszuschließen.

Aus den zwischen den örtlichen Organisationsleitungen gepflogenen Verhandlungen geht hervor, daß die Unternehmer am heutigen Tage nochmals in einer Städtekonferenz zu den Forderungen Stellung nehmen wollen. Um die Verständigung nicht zu verhindern, beschließt deshalb die Versammlung, das Resultat dieser Konferenz abzuwarten. **Sollte jedoch bis zum Montag, dem 6. August, eine Verständigung nicht ermöglicht sein, verpflichtet die Versammlung sämtliche Holzarbeiter, die gestellten Forderungen mit allem zu Gebote stehenden Nachdruck durchzuführen.**

Zugleich beschloß die Versammlung, zu **Montag abend eine weitere Versammlung** einzuberufen, wo **endgültig über die weiteren Schritte Beschluß gefaßt** werden soll.

Diese Versammlung findet **abends 6½ Uhr** gleich nach Arbeitsschluß im **Konzerthaus, Karlstraße 14,** statt. Es ist notwendig, daß alle Holzarbeiter und -arbeiterinnen pünktlich anwesend sind. (Siehe auch die Anzeige in heutiger Nummer des Volksblattes.)

Der Milch- und Butterring.

Brockenweise aber unablässig sucht man die Verbraucher auf eine „nicht zu umgehende" Erhöhung der Butterpreise schon seit Wochen vorzubereiten, ohne ihnen offen und klar die „durchschlagenden" Gründe für die Notwendigkeit dieser Preiserhöhung zu sagen. Wahrscheinlich liegen sie in den stark erhöhten Milchpreisen, die ein Verbuttern der Milch unwirtschaftlich machen, vielleicht aber auch nur darin, daß man um der Gerechtigkeit willen die öffentlichen Butterpreise den Schleichhandelspreisen ein wenig anzugleichen sucht. Selbstverständlich wird schon wieder „auf die paar Pfennige" hingewiesen, die als Preiserhöhung bei der geringen Ration kaum gespürt werden. Aber der Pferdefuß des ganzen Unternehmens zeigt sich diesmal recht früh: Die städtischen Abmelkwirtschaften befürchten von der Butterpreiserhöhung eine schwere Schädigung ihres Betriebes, wenn nicht gleichzeitig — **die Milchpreise erhöht** werden. Merkt der Leser, wie sich der Ring ganz zwanglos schließt: Erhöhung der Butterpreise wegen des erhöhten Milchwertes, Verteuerung der Milch wegen der gestiegenen Butterpreise, hierauf wieder Angleichung der Butter- an die Milchpreise und so fort mit Geschick und Rücksichtslosigkeit. Die Gründe für ein solches Treiben sind ebenso wohlfeil wie oberflächlich. An hervorragender Stelle lasen wir sogar, daß die Verbraucher nicht allzu lebhaft widersprechen würden ..... manche Hausfrauen zahlten ja schon jetzt, wenn sie nur durch gutes Einvernehmen mit dem Milchkutscher Milch erhalten können, 60 bis 70 Pf. für das Liter. — Es ist möglich, daß die Verbraucher in der Tat zurzeit auf jeden Widerstand verzichten. Aber der Tag wird kommen, wo die Verbraucher ihre Ansicht über die unaufhörlichen Preistreibereien etwas deutlicher kundgeben dürften. Es wird sich dann zeigen, daß die Erzeuger und Genossen mit ihrer Preispolitik auf dem falschen Wege waren.

Kein Dörrgemüse.

In einem Eingesandt, das der Rheinisch-Westfälischen Zeitung von anscheinend sachverständiger Stelle zugeht, heißt es:

Der neue Kanzler ist aus der Praxis der Kriegswirtschaft hervorgegangen und steht in dem Rufe eines klaren Kopfes ... Herr Dr. Michaelis! Machen Sie sich frei von gewissen Klub-

---

13]

Ekkehard.

Historischer Roman von **Joseph Viktor v. Scheffel.**

Vierzehntes Kapitel.

Die Hunnenschlacht.

Karfreitagmorgen war angebrochen. Des Erlösers Todestag ward heute auf dem hohen Twiel nicht in der stillen Weise begangen, wie es der Kirche Vorschrift heischte. Des alten Moengal Ankunft hatte alle Zweifel gelöst, ob der Feind herannahe; noch in später Nacht hatten sie Kriegsrat gehalten und waren eins geworden, den Hunnen entgegenzurücken und sie in offenem Feldstreit zu bestehen.

Trüb ging die Sonne auf, bald war sie wieder verhüllt. Sturmwind zog übers Land und jagte das Gewölk, daß es sich über den fernen Bodensee niedersenkte, als wenn Wasser und Luft eins werden wollten. Dann und wann schlug ein Sonnenstrahl durch; es war des Frühlings noch unentschiedener Kampf mit des Winters Gewalten. Die Männer hatten sich vom Lager erhoben und rüsteten zu des ernsten Tages Arbeit.

In seiner Turmstube ging Ekkehard schweigsam auf und nieder, die Hände zum Gebet gefaltet. Ein ehrenvoller Auftrag war ihm geworden. Er sollte zum versammelten Kriegsvolke die Predigt halten, bevor man auszöge zum Streit: da betete er um Stärke und mutigen Flug der Gedanken, daß sein Wort werde zum glühenden Funken, der in aller Herz die Flamme der Streitlust entfache.

Plötzlich tat sich die Tür seines Gemaches auf. Herein trat die Herzogin ohne Praxedis' Begleitung; einen faltigen Mantel hatte sie über das Morgengewand umgeworfen als Schutz gegen die Kühle der Frühstunde, vielleicht auch, daß sie den fremden Gästen unerkannt sein wollte, weil sie zum Turme schritt. Ein leicht Erröten überflog sie, wie sie allein ihrem jungen Lehrer gegenüberstand.

„Ihr zieht heute mit in den Kampf?" fragte sie.

„Ich ziehe mit," sprach Ekkehard.

„Ich würd' Euch verachten, müßt' ich eine andere Antwort hören," sprach die hohe Frau. — „und Ihr habt wohl vorausgesehen, daß es nicht notwendig, Urlaub von mir zu solchem Gang zu erbitten. Auch ans Abschiednehmen denkt Ihr nicht?" fuhr sie mit leis vorwurfsvollem Ton fort.

Ekkehard stand verlegen. „Es ziehen fürnehmere und bessere Männer heute aus Eurer Burg," sagte er; „die Aebte und die Edeln werden um Euch sein, wie konnt' ich an besondern Abschied denken, auch wenn es ..." seine Stimme stockte.

Die Herzogin schaute ihn an. Beide schwiegen.

„Ich bring' Euch etwas, das Euch im Kampfe dienlich sein soll," sprach sie nach einer Weile. Sie trug unter ihrem Mantel ein kostbar Schwert in reichem Wehrgehäng, ein milchweißer Acharstein ergänzte am Griff: „Es ist das Schwert Herrn Burkhards, meines seligen Gemahls. Von allen Waffenstücken hielt er das am höchsten. Mit der Klinge lassen sich Felsen spalten, sie splittert nicht, hat er oft gesagt. Ihr sollt ihm Ehre machen!"

Sie reichte ihm die Waffe dar. Ekkehard nahm sie schweigend hin. Schon trug er den Harnisch unter der Kutte, itzt schnallte er das Wehrgehäng um und fuhr mit der Rechten nach dem Schwertgriff, als stünd ihm bereits der Feind gegenüber.

„Und noch etwas," sprach Frau Hadwig.

An seidener Schnur trug sie ein goldgefaßt Kleinod um den Hals, das zog sie aus ihrem Busen; es war ein Kristall, der einen unscheinbaren Splitter barg. „Wenn mein Gebet nicht ausreicht, so mög' Euch die Reliquie Schutz verleihen. Es ist ein Splitter vom heiligen Kreuz, das die Kaiserin Helena einst aufgefunden. Wo auch immer dies Heiligtum sein wird, da wird Friede sich einstellen und Mehrung des Anwesens und Gesundheit der Luft, so stand im Schreiben, mit dem der griechische Patriarch die Echtheit beglaubigte. Mög' es auch im Krieg Segen spenden!"

Sie neigte sich, dem Mönch das Kleinod umzuhängen. Er beugte sein Knie; längst hing's um seinen Hals, er kniete noch. Sie streifte leicht mit der Hand über sein lockig Haar, ein Zug von Milde und Wehmut lag über ihrem strengen Antlitz — Ekkehard hatte vor dem Namen des heiligen Kreuzes sein Knie gebeugt, itzt war's ihm, als müsse er sich ein zweitesmal niederwerfen, niederwerfen vor ihr, die so huldvoll seiner gedachte. Aufkeimende Neigung braucht Zeit, sich über sich selbst klar zu werden, und in Dingen der Liebe hatte er nicht rechnen und abzählen gelernt, wie in den Versmaßen des Virgilius, sonst hätte er sich sagen mögen, daß, wer ihn aus des Klosters Stille zu sich gezogen, wer an jenem Abend auf dem Hohen Krähen, wer am Morgen der Schlacht so vor ihm stand, wie Frau Hadwig, itzt wohl ein Wort aus der Tiefe des Herzens, vielleicht mehr als ein Wort von ihm erwarten mochte.

Seine Gedanken jagten sich, alle Pulse schlugen.

Wenn früher etwas wie Liebe sich in ihm geregt, so war die Ehrfurcht vor seiner Gebieterin herangetreten, es zurückjagend wie der Sturm, der dem scheu zum Dachfenster herausschauenden Kind den Laden vor der Nase zuwirft. An die Ehrfurcht dachte er jetzt nicht, eher daran, wie er die Herzogin einst mit keckem Arm durch den Klosterhof getragen. Auch an sein Mönchsgelübde dachte er nimmer, es regte sich in ihm, als sollt' er ihr in die Arme fliegen und sie jauchzend ans Herz pressen — Herrn Burkhards Schwert brannte ihm an der Seite. Wirf ab die Scheu, dem Kühnen gehört die Welt! War's nicht so in Frau Hadwigs Augen zu lesen?

Er stand auf, stark, groß, frei — so hatte sie ihn noch nie gesehen. Aber es war nur eine Sekunde, noch war kein Laut vom Sturm des Herzens über die Lippen geflohen, da fiel sein Blick auf das dunkle Kreuz von Ebenholz, das Vincentius einst in seiner Turmstube aufgehängt: „Es ist der Tag des Herrn, und du sollst heute reden vor dem Volk!" — die Erinnerung an seine Pflicht schlug alles nieder. . . .

Es kam einmal ein Frost am Sommermorgen, und Halm und Blatt und Blüten wurden schwarz, bevor die Sonne drüber aufging. . . .

Zag wie ehedem ergriff er Frau Hadwigs Hand.

„Wie soll ich meiner Herrin danken?" sprach er mit gebrochener Stimme.

Sie schaute ihn durchbohrend an. Der weiche Zug war vom Antlitz geflohen, die alte Strenge lagerte wieder auf der Stirn, als wolle sie antworten: Wenn Ihr's nicht wißt, ich werd's Euch nicht verkünden — aber sie schwieg. Noch hielt Ekkehard ihre Rechte gefaßt. Sie zog sie zurück.

„Seid fromm und tapfer!" sprach sie, aus dem Gemach schreitend. Es klang wie Hohn. . . .

Kaum länger als einer braucht, um das Vaterunser zu beten, war die Herzogin bei Ekkehard gewesen, aber es war mehr geschehen, als er ahnen mochte.

Er schritt wieder in der Turmstube auf und ab; „du sollst dich selbst verleugnen und dem Herrn nachfolgen," so war's in Benedikts Regel in der Zahl der guten Werke mit aufgezählt — er wollte schier stolz sein auf den Sieg, den er über sich errungen, aber Frau Hadwig war gekränkt die Stufen der Wendeltreppe hinabgestiegen, und wo ein hochfahrend Gemüt sich verschmäht glaubt, da sind böse Tage im Anzug.

Es war die siebente Stunde des Morgens, da hielten sie im Hof von Hohentwiel den Gottesdienst vor dem Auszug. Unter der Linde war der Altar aufgeschlagen, die geflüchteten Heiligtümer standen drauf zum Trost der Gläubigen. Der Hof erfüllte sich mit Gewaffneten, Mann an Mann standen die Rotten der Streiter, wie Simon Bardo sie abgeteilt. Wie dumpf Gewitterrollen tönte der Gesang der Mönche zum Eingang. Der Abt der Reichenau, das schwarze Pallium mit weißem Kreuz übergeworfen, zelebrierte das Hochamt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0005
DFG

[illegible]-Theoretikern. Was soll man dazu sagen, wenn in öffentlicher Stadtverordnetensitzung in Bochum ein Stadtverordneter aus eigener Erfahrung schildert, wie man im vorigen Jahr in Pommern die Hälfte der Kartoffelernte im Boden habe sitzen lassen, um sie im Frühjahr den Schnapsfabriken auszuliefern! Kartoffeln seien im Ueberfluß da; es komme nur darauf an, daß die Regierung mit fester Hand zugreife. Die Reichskartoffelstelle hat völlig versagt. Wie durften der Konservenunfug und die „Ersatzmittel"-Fabrikation derart einreißen!

Jetzt endlich hat die berühmte Reichsstelle für Obst und Gemüse ein Verbot der gewerbsmäßigen Konservierung von Meerrettich, Sauerkraut und Steckrüben erlassen; aber immer noch schleift man das frische Gemüse in die Dörrfabriken! Ein besonderes Kapitel, dieses Dörrgemüse. Jeder praktische Mensch weiß, daß sich alles Wurzelgemüse leicht in Mieten über den Winter hinaus hält, genau wie die Kartoffeln. Jede Hausfrau hat sich früher ihre Vorräte eingesalzen. Wozu da diese Vergewaltigung des Naturerzeugnisses in Dörrfabriken, aus denen es verteuert, entsäftet und verschmutzt wieder erscheint und der Bevölkerung aufgezwungen wird! Und solch ein Umstandsprozeß noch bei unserer gefährdeten Kohlenversorgung! Um fünf Waggon Frischgemüse zu dörren, ist ein Waggon Koks erforderlich . . ., haben wir Koks überflüssig?

Neue Bekanntmachungen.

Die Kartoffelmenge für die kommende Woche ist wieder auf 5 Pfund festgesetzt worden. **Außerdem gibt es Mischmehl, Kunsthonig und Grieß.**

Butter gibt es wieder nur 45 Gramm.

Kondensierte Milch wird am Montag, dem 6. August, in der Talamtschule auf die Nummern 31 501 bis 45 500 der neuen Lebensmittelscheine verabfolgt.

Der Puddingpulver-Verkauf nimmt am gleichen Tage gleichfalls seinen Fortgang. Bezugsberechtigt sind die Inhaber der Lebensmittelscheine Nr. 31 501 bis 38 500.

Den Fleischverkauf der Freibank regelt eine Bekanntmachung des Magistrats.

Neue Warenbezugsscheine werden am Montag in den Brotmarken-Ausgabestellen ausgegeben.

Zur Zubereitung von Gurkengemüse liefert der Magistrat umsonst ein Rezept.

* **Das große Kinderfest**, das der Sozialdemokratische Verein in gewohnter Weise auch in diesem dritten Kriegssommer abhielt nahm am Donnerstag einen über alles Erwarten erfreulichen Verlauf. Die Bekanntgabe war erst spät und nur in beschränkter Weise erfolgt; auch war ausdrücklich angekündigt, daß diesmal infolge der Knappheit aller Artikel keine Geschenke verabreicht werden könnten. Und doch war ein so starker Besuch zu verzeichnen, daß nur der plötzlich zum angesetzten Festesanfang beginnende Regenguß eine Ueberfüllung des Lokales verhindert hat. Aber auf den Verlauf der Veranstaltung selbst hatte des Himmels Nässe zum Glück keinen Einfluß. Alles kam noch gut in Sicherheit und mit kaum halbstündiger Verspätung setzte sich der das Fest eröffnende Umzug der Kinder unter Vorantritt einer Musikkapelle durch den Garten und die umliegenden Straßen in Bewegung. Die vielen weißgekleideten Mädchen und die munteren Jungen ergaben mit ihren freudig leuchtenden Augen und dem bunten Schmuck des festlichen Aufzuges ein freundliches Bild. Dem Umzuge folgten einige Stunden lebhaften Spiels in dem hinteren Garten des Volksparks, wo vergnügliches Treiben und fröhliche Unterhaltung den Kindern die Sorgen des schweren Alltags vergessen ließ. — Am Abend folgte als Abschluß nochmals ein Umzug, der auch ohne Laternen, für die bekanntlich keine Lichte mehr zu haben sind, den Kindern sichtlich viel Spaß machte. — So wird auch diese Veranstaltung im Volkspark trotz der schrecklichen Kriegszeit in den Köpfen der Kinder als Tag froher Erinnerung fortleben.

* **Noch immer mangelhafte Gemüse- und Obstversorgung.** Mit dem Vorschreiten der Jahreszeit hoffte jeder, daß die Gemüse- und Obstgefahr zum Hallischen Wochenmarkt sich bessern werde. Aber das ist leider nicht der Fall. War es Dienstags und Donnerstags trostlos auf dem Wochenmarkt, so hatte es sich heute, zum Sonnabend, auch nicht viel gebessert. Auf dem Hallmarkte waren etwa 30 Stände besetzt, und mit Obst und Gemüse waren auf dem oberen Markt auch nicht viel mehr Händler vertreten. Das wenige Obst, das angefahren war, stand trotz seiner Minderwertigkeit ziemlich hoch im Preise. Es kosteten das Pfund Birnen 40 Pf., Aepfel 25—30 Pf. Gemüse war auch heute noch entsetzlich teuer. Es wurde verlangt für das Pfund Wirsingkohl 35 Pf., Weißkohl 30 Pf., Rotkohl 35 Pf., Mohrrüben und Karotten 25 bis 35 Pf., Zwiebeln 35 Pf., Rhabarber 20 Pf., grüne Bohnen 80 Pf., gelbe Bohnen 70 Pf., Salat, der Kopf 5 bis 15 Pf., Gurken, kleine bis Mittelware 25 bis 35 Pf., Kohlrabi, das Pfund 35 Pf., die Mandel 1,50 Mk. Tomaten kosteten das Pfund 1,10 bis 1,20 Mk. Aprikosen 2,40 Mk.. Für Heidelbeeren wurde je Pfund 85 Pf. verlangt. Sie wurden an etwa zehn Ständen in großen Mengen verkauft. In langen Reihen standen Hunderte von Frauen, um von den köstlichen, aber so teuren Waldfrüchten einige Pfund erstehen zu können. Aber nicht nur auf dem Markte sind die Preise gepfeffert, auch in den Läden ist die Ware sehr teuer. Ein Pfund Mohrrüben mit Kraut kostet 35 Pf. Dafür erhält man 10 Stück in einer Länge von 8 bis 18 Zentimeter und dem Durchmesser von 1—2½ Zentimeter. Um für eine mittelstarke Familie ein Mittagsgericht herzustellen, braucht man mindestens 4 Pfund, so daß nur für Mohrrüben schon 1,40 Mk. verausgabt werden muß. Rechnet man dazu noch 3 Pfund Kartoffeln mit 42 Pf. und nur ½ Pfund Fleisch für 1,30 Mk., so stellt sich der Preis für ein solches einfaches Mittagessen auf 3,12 Mk. ohne die weiteren Zutaten. Da ist doch die Frage berechtigt, wie lange die große Masse des Volkes solche Preise noch bezahlen kann? Vor drei Jahren hätte man für die angeführte Mittagsmahlzeit im Höchstfalle 1 Mk. bezahlen müssen, und damals klagten wir schon mit Recht über Teuerung. Welche schöne Erinnerung sind den jetzigen Gemüse- und Obstpreisen gegenüber die Preise vom ersten Produzentenmarkt der Stadt im Jahre 1915. Damals kosteten Kohl das Pfund 6 Pf., Mohrrüben 8 Pf., grüne Bohnen 20 Pf., Kohlrabi 6 Stück 15 Pf., Gurken 5 Pf., Spinat, den man jetzt nirgends bekommt, das Pfund 8 Pf. Damals erzählte eine Frau freudestrahlend, sie habe für drei Mahlzeiten eingekauft. 2 Kohlköpfe und Spinat, und habe dafür nur 36 Pf. bezahlt. Kartoffeln kosteten damals auf dem Produzentenmarkte das Pfund 5½ Pf. und Zwiebeln das Pfund 16 Pf. Blumenkohl, der Kopf 20—40 Pf. Das waren herrliche Zeiten, und damals hatten wir schon ein Jahr Kriegsteuerung.

* **Warum sind die Konserven so teuer?** Weil die Konservenfabriken übermäßig hohe Gewinne einsacken. So hatte z. B. die Konservenfabrik Braunschweig 1916 einen Gesellschaftsreingewinn von 189 946 Mark auf 210 000 Mark Aktienvermögen, das sind rund 90 v. H. Gewinn. — So müssen die kaufenden Volksmassen für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände unerschwinglich hohe Preise zahlen, damit ein kleiner Teil der Gesellschaft auch in dieser furchtbaren Kriegszeit immer noch große Reichtümer anhäufen kann!

* **Der Geschäftsgewinn der Ladenfleischer.** Die Reichsstelle für die Versorgung mit Vieh und Fleisch teilt in einem Rundschreiben folgendes mit: In einer Besprechung mit Vertretern des Kriegsernährungsamts, der Landesfleischstellen, der Städte und des Fleischergewerbes, insbesondere des Deutschen Fleischerverbandes, sowie Schlachthofdirektoren ergab sich, daß die Rohgewinnsätze der Ladenfleischer beträchtliche Unterschiede sogar in Gemeinden mit gleichen Wirtschaftsbedingungen aufwiesen. Es bestanden in einer Reihe von Gemeinden Zweifel, ob der Gewinn nach Hundertsteln des Einstandspreises oder in Form eines für die Gewichtsmenge festzusetzenden festen Geldbetrages zu gewähren sei. Um den Ladenfleischern sowie den Verbrauchern gerecht zu werden, wurden laut allgemeiner Uebereinstimmung folgende Richtsätze bestimmt: Der Rohgewinn des Ladenfleischers ist diesem in Form eines auf die Gewichtseinheit sich beziehenden feststehenden Betrages zu gewähren, und zwar von dem Augenblick ab, in dem ihm das Fleisch in seinem Geschäft übergeben wird. Bei Abgabe einer Wochenkopfmenge von 250 Gramm Fleisch soll dem Ladenfleischer neben einem Schwund- und Hauverlust von 4 Prozent des Uebergabepreises bei abgehangenem Fleisch von Rindern und Kälbern, ein solcher von 2 Prozent bei abgehangenem Fleisch von Schweinen und Schafen außer der Vergütung der Zufuhrkosten zum Laden noch ein Rohgewinn von 24 Pfennig an einem Pfund Fleisch zugebilligt werden; mit andern Worten, der Ladenfleischer erhält außer den 24 Pf. am Pfund noch die Zufuhrkosten des Fleisches vom Schlachthof bis in sein Geschäft ersetzt sowie 4 bzw. 2 Prozent Hauverlust. Bei der Abgabe einer Wochenkopfmenge von 500 Gramm Fleisch soll der Rohgewinn des Ladenfleischers 24 Pf. unter Einschluß aller Unkosten (auch der der Zufuhr) betragen. Diese Gewinnsätze sollen als Mittellinie dienen und können in größeren Städten mit höheren Geschäftsunkosten überschritten werden, während sie in kleineren Gemeinden bei geringeren Betriebsunkosten zu ermäßigen sind. Im Falle Warmgewicht verrechnet wird, können außer den obigen Sätzen 3 bis 4 Prozent des Einstandspreises, bei Fleisch, das spätestens 21 Stunden nach der Schlachtung zur Verrechnung kommt, 1 bis 2 Proz., zugeschlagen werden. Die örtlichen Preisprüfungsstellen werden aufgefordert, die Fleischpreise in der Reichweite ihrer Bezirke nach diesen Grundsätzen zu regeln, wobei die Senkung der Viehpreise ab 1. Juli 1917 zu berücksichtigen ist.

* **Ermäßigung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch.** Wir berichteten vor längerer Zeit, daß beabsichtigt sei, die Kleinhandelspreise für Rindfleisch herabzusetzen. Bisher konnte dies, wie das Kriegsernährungsamt versichert, nicht geschehen, da im Monat Juli die bis 1. Juli rechtzeitig angebotenen Schlachtrinder noch zu den früheren hohen Preisen abgenommen und bezahlt werden mußten. Dieses Fleisch muß erst zur Verteilung zu dem noch bestehenden höheren Preise gebracht werden, da es zu höherem Preise erworben wurde Diese Verteilung wird in den nächsten Tagen beendet sein, zugleich hört ja auch die verbilligte Zusatzfleischration bekanntlich Mitte August auf. Für diesen Zeitpunkt ist dann die Verbilligung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch vorgesehen. Es sind angeblich bereits Weisungen dazu erlassen.

* **Konzessionspflicht der Kinos.** Wie verlautet, ist eine Verordnung in Vorbereitung, die die Konzessionspflicht für das Lichtbildgewerbe einführt. Jeder, der ein Lichtspieltheater gewerbsmäßig betreibt, ist verpflichtet, für seinen Betrieb eine Erlaubnis nachzusuchen. Diese Erlaubnis kann unter bestimmten Umständen versagt werden.

* **Lederzuteilung für orthopädisches Schuhwerk.** Die Kontrollstelle für freigegebenes Leder hat angeordnet, daß den Schuhmachern zur Herstellung von orthopädischem Schuhwerk von der Reichslederhandelsgesellschaft über die zugeteilte Menge zur Verfügung gestellt werden kann, wenn durch Bescheinigung eines bekannten Arztes nachgewiesen wird, daß ein Kunde nur in der Lage ist, ein besonders nach orthopädischen Rücksichten hergestelltes Schuhwerk zu tragen. Für die Mitglieder von Krankenkassen oder durch Unfall verletzte Arbeiter tritt an die Stelle der ärztlichen eine Bescheinigung der betreffenden Krankenkasse oder der Berufsgenossenschaft. Die Zuteilung von Leder erfolgt jedoch nur für jeden einzelnen Fall.

* **Das Volkskonzert des Stadttheater-Orchesters auf der Peißnitz** sei nochmals empfehlend in Erinnerung gebracht. Das Konzert, das um 8 Uhr beginnt, steht unter der Leitung des Kapellmeisters Karl Nöhren. Die Abendkasse zum Konzert ist ab 7 Uhr geöffnet.

* **Billiger Sonntag im Zoo ist morgen.** Das Eintrittsgeld beträgt während des ganzen Tages für Erwachsene nur 30 Pf., für Kinder 20 Pf., für Militär ohne Dienstgrad vorm. 10 Pf., nachmittags 20 Pf. Auf dem Konzertplatze konzertiert von nachmittags 3½ Uhr ab das Görlach-Orchester und von abends 7½ Uhr das Stadttheater-Orchester. Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt. In unserem Raubtierhause hat unlängst eine allgemeine Umgruppierung stattgefunden. Einer unserer vier Pumas ist, weil er überzählig war, verkauft worden, ein anderer mußte, einer unheilbaren Krankheit halber, erschossen werden, so daß jetzt nur noch ein Zuchtpaar dieser Gattung vorhanden ist. Glücklicherweise ist es gelungen, die entstandene Lücke wieder auszufüllen, und zwar durch eine Tierart, welche mancher Besucher unseres Gartens schon lange vermißt haben wird. Trotzdem jegliche Einfuhr überseeischer Tiere wegen des Krieges längst aufgehört hat, ist es möglich gewesen, ein Paar prachtvolle bengalische Tiger zu erwerben. Die Tiere sind, obgleich erst dreijährig, von bedeutender Größe und von schöner, lebhafter Zeichnung des Felles. Der Tiger, Felis tigris oder nach der neuen Nomenklatur Unica tigris, ist in einem großen Teil Asiens, insbesondere in Vorder- und Hinterindien, China, im südlichen Sibirien und in Persien heimisch, von den Inseln des indischen Archipels bewohnt er nur Java und Sumatra. Gewöhnlich unterscheidet man drei Arten von Tigern, den bengalischen oder Königstiger, den sibirischen Tiger und den Sundatiger. Streng genommen sind diese Arten nur als Unterarten zu betrachten, um so mehr, als die Unterschiede im wesentlichen nur in der verschiedenen Größe und in der Abweichung der Zeichnung bestehen. Der männliche Tiger unterscheidet sich vom weiblichen hauptsächlich durch einen, hinter den Ohren beginnenden Backenbart. Wie der Löwe, so gehört auch der Tiger zu den Katzen mit runder Pupille. In der Gefangenschaft haben sich Tiger wiederholt fortgepflanzt, auch die Züchtung von Bastarden zwischen Löwe und Tiger ist gelungen.

* **Der „große Zirkus Krone"** kündigt an, daß er demnächst in Halle eintreffen wird, um auf dem Roßplatz ein Gastspiel zu geben.

* **Betriebsstörung bei der Stadtbahn.** Der Straßenbahn-Betrieb der Stadtbahn stand von heute morgen 7 Uhr an für über drei Stunden vollständig still, weil infolge des schlechten Maschinen- (Kriegs-) Oels die Elektrizitätsanlage versagte. Erst nach 10 Uhr waren die Ursachen der Störung so weit beseitigt, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Im Volkspark ist heute abend Militärkonzert der Kapelle des Landwehrersatzbataillons 36. — Morgen, Sonntag, ist nachmittags und abends Freikonzert.

Die Winter-Tymians sind seit drei Tagen im Apollo-Theater und bereiten den Besuchern unterhaltende Abende. Sonntag beginnt die Abendvorstellung um 8 Uhr 10. Der Vorverkauf ist tagsüber geöffnet.

Walhallatheater. Morgen, Sonntag, abend 8¼ Uhr wird die Fliegerposse Parkettsitz Nr. 10 mit Max Walden als Vitus Bollerstedt zum fünften Male gegeben. Es empfiehlt sich, die Eintrittskarten schon tagsüber zu lösen. Nachmittags ½4 Uhr ist Familien-Vorstellung zu den üblichen kleinen Preisen. Zur Aufführung gelangt zum letzten Male die Operettenposse Der Juxbaron. Kasse Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Bad Wittekind. Am Sonntag früh findet von ½7 Uhr bis ½9 Uhr Frühkonzert und nachmittags von 3½ Uhr ab Kurkonzert statt. Der Eintrittspreis beträgt für das Frühkonzert 25 Pf., und für das Nachmittags-Konzert 35 Pf.

U.-T.-Lichtspiele, Alte Promenade 11a: Ein ganz hervorragendes, selten gutes Programm werden wir diesmal zu sehen bekommen. Die Tragödie auf Schloß Rottersheim wurde bei der gestrigen Aufführung mit großem Beifall aufgenommen. Für den lustigen Teil sorgen ein größeres und ein kleineres Lustspiel, die beide auf den heitersten Ton eingestimmt sind. Am Sonntag von 3 bis 5 Uhr ist wieder Jugendvorstellung, in welcher die letzten Tage von [illegible] zur [illegible] werden.

U.-T.-Lichtspiele, **Leipziger Straße 88. Der gestern begonnene** Spielplan bringt zwei wunderbare Bilder, von denen das Drama: Der Teppich von Bagdad wohl als das schönste, was Ausführung und Darstellung betrifft, angesprochen werden kann. Der zweite Film: Die Ehe des Herrn Max Allen bringt sehr interessante, tragikomische Bilder. Die neuesten Kriegsberichte und eine Naturaufnahme aus dem wunderbaren Norwegen vervollständigen das sehenswerte Programm.

Brachwitz. Ein schweres Gewitter richtete im Orte verschiedentlich Schaden an. Bei dem Oberamtmann Wentzel schlug der Blitz in die Feldscheune; vom Sturm wurde die Hälfte des Daches abgedeckt und mindestens 20 Meter fortgeschleudert. Im Schäfergarten hat das Unwetter großen Schaden angerichtet, auch mehrere Bäume sind umgerissen.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Große Treibriemen-Diebstähle. Der Arbeiter J. hatte sich mit einigen anderen jungen Leuten zusammengefunden und mit diesen Diebstähle verabredet. Man hatte es in erster Linie auf Treibriemen abgesehen. Aus den Räumen einer hiesigen Zeitung wurde ein besonders wertvoller Treibriemen gestohlen. Außerdem entwendete man aus Fabrikbetrieben wertvolle Riemen. Die Riemen wurden dann an hiesige Schuhmacher verschärft, die bei der Lederknappheit gern alle angebotenen Riemen kauften. Die Helfershelfer des J. waren der 16jährige B. und der Arbeiter Max B. Teilweise führten letztere selbständig Treibriemen-Diebstähle aus und J. besorgte dann den Verkauf an die Schuhmacher. Die drei Burschen mußten sich jetzt wegen schweren Diebstahls und Hehlerei verantworten, während sich die Schuhmachermeister D. und B. wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatten. D. hat in mehreren Fällen, wissend, daß es sich um gestohlenes Gut handelt, die Riemen an sich gebracht, bei B. liegen zwei Fälle vor. B. hat beim zweiten Ankauf von dem ersten Angeklagten erfahren, daß es sich um gestohlene Riemen handle. Das Gericht verurteilte die beiden Schuhmachermeister wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, und zwar D. zu drei Jahren, B. zu zwei Jahren Zuchthaus. J. wurde zu drei Jahren Gefängnis, B. seiner Jugend wegen zu einem Jahr Gefängnis und B. zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Allen Angeklagten, außer dem jugendlichen B., wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Gut davongekommen. Eigenartiges Glück hatte der 37jährige Schlosser Karl Lößner, der seit einigen Jahren sein Leben durch Betrügereien fristet und dann ins Gefängnis wandert. Er ist leidend und wurde vor einigen Wochen wegen fortgesetzten Rückfallbetruges zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Jetzt sollte er sich wegen eines Betruges, den er in Stumsdorf begangen hatte, verantworten. Er hatte dem dortigen Geistlichen erzählt, daß er mittellos als Invalide vom Heere entlassen worden und als Eisenbahnarbeiter angestellt worden sei. Er sei jetzt mittellos und bäte um ein Darlehen von 20 Mk. Diese Summe erhielt er auch. Jetzt mußte er sich wegen Rückfallbetrugs verantworten, kam aber so davon, weil das Verfahren eingestellt werden mußte. Die Straftat fiel nämlich in die Zeit, wo er bereits wegen fortgesetzter Handlungen verurteilt worden war.

Krieg und Wirtschaft.

Erdrosselung der Kleinen. Die Verhältnisse sind dem Großkapital günstig. Unter dem Vorwand der Kohlenersparnis betreiben die Bäckereigroßbetriebe nun ein Aufsaugen der kleinen Unternehmen. Im Brauereigewerbe hat die Ausschaltung der Kleinen durch die Großen schon großen Umfang angenommen. Die Großbrauereien erzielten während des Krieges große Gewinne; sie haben die Malzmengen für in der Friedenszeit hergestelltes Stark- und Luxusbier zugeteilt erhalten, obwohl die Herstellung dieser Biere behördlich verboten und der Export beschränkt (ins feindliche Ausland überhaupt unmöglich) war. Sie haben ferner Vorteile erzielt, weil seinerzeit die Beschlagnahme des Malzes in Brauereien verfügt wurde, nicht aber die der großen Vorräte an fertigem Bier. Die Großbrauereien haben vor Inkrafttreten dieser Verfügung Kenntnis von ihr gehabt, sie haben darum intensiv gebraut, zum Teil sehr starke Biere, mit der offenkundigen Absicht, auf diese Weise Malz der Beschlagnahme zu entziehen, es so aufsparen und die später verdünnten Biermengen unkontrolliert abgeben zu können. So haben die Großbrauereien schwer Geld verdient, während kleine und mittlere teilweise mit Verlust arbeiten mußten.

Jetzt wird nun vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie in Berlin ein Rundschreiben an die Mitglieder der für die Durchführung der Zusammenlegungsarbeiten in der Brauindustrie gebildeten Landesausschüsse versandt, dem „Richtlinien" für die Zusammenlegung beiliegen. Daraus ergibt sich eine neue schwere Schädigung der kleinen und mittleren Brauereien. Diese, die im Kriege gelitten haben, sollen mit den Großbrauereien zusammengelegt, von den Großen vollends aufgesaugt werden. Alles natürlich im vaterländischen Interesse! Wenn nur Ersparung verschiedener Produkte die Ursache des Zusammenlegens ist, warum sollte es da nicht möglich sein, die Kontingente von zwei Großbrauereien in einer Großbrauerei herzustellen?

Das Rundschreiben ist „streng vertraulich". Die Erdrosselung der kleinen und mittleren Brauereien soll offenbar unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich gehen. Wieweit die bayrische Regierung über die Pläne unterrichtet ist, weiß man nicht; vielleicht herrscht auch ihr gegenüber die „strenge Vertraulichkeit".

Allerlei.

Spende aus Spanien. Die in Spanien ansässigen Deutschen haben der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen eine Spende von 235 000 Mk. überwiesen.

Maßregelung eines Bürgermeisters. Der Bürgermeister Plewka aus Tondern wurde vom Amt suspendiert, weil er bei der Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen hinderlich gewesen ist und das Vertrauen der Bürgerschaft verloren hat. Das Disziplinarverfahren für die Amtsentsetzung wurde eingeleitet.

Hagelverwüstung. Aus Liegnitz wird gemeldet: Im Kreise Haynau (Schlesien) entlud sich gestern ein vernichtendes Hagelwetter. Unter orkanartigem Sturm fielen die Hagelkörner in so dichten Massen, daß in wenigen Minuten die Gemarkungen mit einer Eisschicht bedeckt waren.

Große Mehlschiebungen sind in Barop aufgedeckt worden. Seit längerer Zeit wurden durchschnittlich wöchentlich 60 Doppelzentner Mehl aus Dortmund nach Barop gebracht, die dann umgeladen und mit Kraftwagen nach Barmen gefahren wurden. Auf diese Weise sind 4200 Zentner Mehl im Werte von 600 000 Mark weggebracht worden.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Krankenkassen-Tagung.

Am letzten Sonntag und Montag tagte in Magdeburg der Verband der Krankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Vertreten waren 85 Kassen mit 227 505 Mitgliedern und 8840 Ersatz-Kassenmitgliedern. Von den eingeladenen Behörden waren u. a. erschienen Geh.-Rat Cäsar vom Oberversicherungsamt Magdeburg, der in seiner Begrüßungsansprache den Wunsch aussprach, daß die Kassen auch weiter während des Krieges zum Besten der deutschen Arbeiterschaft wirken mögen.

Den Bericht des Vorstandes erstattete Drechsler-Magdeburg und streifte dabei u. a. die Krankenversicherung der Krankenkassenmitglieder, indem er hervorhob, daß die Sterblichkeit unter den Versicherten eine bedeutend höhere ist, als in normalen Zeiten. Ist ein Versicherter erst einmal mit einer Krankheit behaftet, so hält es schwer, in der Rekonvaleszenz wieder zu der früheren Kräftigung zu kommen. Die Kassen haben in ihrer Mehrzahl ihre Leistungen nach den Notgesetzen vom 4. August 1914 fast alle wieder erhöht, jedoch ist es eine große Frage, ob sie nicht in Zukunft eine Reduzierung ihrer Leistungen werden vornehmen müssen. — Die Vergütung für Ausfertigung von Invalidenkarten hat die Landesversicherungsanstalt von 3 auf 6 Pf. erhöht, während die Kassen eine solche von 15 Pf. pro Karte verlangt haben. Eine solche Erhöhung ist aber auch auf Beschwerde von dem zuständigen Ministerium angelehnt worden, so daß die Kassen, die mit der Ausfertigung von Invalidenkarten betraut sind, noch immer 9 Pf. aus ihren eigenen Mitteln aufwenden müssen. — Die Landesversicherungsanstalt hat Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten eingerichtet, und sollen die Krankenkassenmitglieder, die mit einer solchen Krankheit behaftet sind, angehalten werden, die Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen. Diese Einrichtung dürfte jedoch nur Stückwerk sein, solange nicht auch die Nichtversicherten gezwungen werden können, sich bei vorkommenden Funktionen ebenfalls an die Beratungsstellen zu wenden.

Der zweite Punkt betraf Stellungnahme zum Entwurf einer neuen Satzung für den Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen. Es werden neue Bestimmungen vorgeschlagen, wonach genau festgestellt wird, in welcher Weise der Hauptverband seine Geschäfte zu erledigen hat. Die Beiträge sollen statt bisher ½ Pf. in Zukunft ¾ Pf. pro Mitglied und Jahr betragen.

Der dritte Punkt behandelte die Vereinbarung einer Handverkaufsliste mit dem Deutschen Apothekerverein. Referent war der Geschäftsführer Lehmann, Dresden, der ausführte, daß auch auf dem Gebiete der Arzneiversorgung sich der Kriegswucher eingestellt hat. Es sei wünschenswert, daß die Kassen immer mehr dazu übergehen, die Abgabe der Arzneiversorgung an die Mitglieder in die Hand zu nehmen. Wo dies nicht möglich ist, soll darauf gedrungen werden, daß die Apotheker die Handverkaufstaxe einführen.

Ein Antrag des Unterverbandes nebst einem Zusatz der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle, der die Zusammensetzung des Vorstandes sowie die Erledigung der Verbandsgeschäfte neu regelt, wird angenommen. Ebenfalls sollen die Beiträge von dem Zeitpunkt ab, wo der Hauptverband seine Beiträge neu regelt, erhöht werden, und zwar von 1 Pf. auf 2 Pf. pro Mitglied, sowie bisher 5 Mk. pro Kasse.

Hierauf wurde noch eine Reihe von praktischen Verwaltungsfragen erörtert. Die Allgem. Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Zeitz wollte die Gebühren für Ausstellung von Bescheinigungen der Aerzte auf Gewährung von erhöhten Lebensmitteln, die 1 Mark betragen, auf ihre Lasten zugunsten der Erkrankten nehmen. Die Vertreter der übrigen Kassen waren der Meinung, daß die Gewährung von Lebensmitteln Sache der Kassenmitglieder selbst sei, auch wäre es, soweit wie bekannt, gesetzlich nicht zulässig, solche Kosten auf die Kassen zu übernehmen, da Lebensmittel nicht als vorbeugende Heilmittel angesehen werden.

Als geschäftsführende Kasse wurde wiederum die Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg und als rechnungsführende Kasse die Graphische Kasse Magdeburg gewählt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, im nächsten Jahre wiederum eine Tagung abzuhalten.

Wo bleiben die ländlichen Sammelstellen?

Die diesjährige Obst- und Gemüseversorgung hat übergezeugend offenbart, daß die auf dem Lande erzeugten, nicht rationierten Lebensmittel nur dann einigermaßen gleichmäßiger Verteilung zugeführt werden können, wenn sie schon an der Erzeugungsstätte zwangsweise erfaßt werden. Der preußische Landwirtschaftsminister hat bereits gegen Ende des Vorjahres einen bezüglichen Plan entwickelt, nach dem die Dorfgenossen zu einer Erzeuger- und Lieferungsorganisation zwangsweise zusammengeschlossen werden sollten. Warum kommt die Organisation nicht in Fluß? Wenn sie noch in diesem Erntejahre wirksam werden soll, ist es die höchste Zeit.

Oelgewinnung von Akaziensamen.

Zu den Pflanzen, deren Samen sich durch einen nennenswerten Gehalt an zu Speisezwecken verwendbarem Fett auszeichnen, gehört die Akazie. Dieser Baum steht bekanntlich an Bahndämmen, Chausseen und anderen Straßen, sowie in Parkanlagen. Er blüht in Deutschland mit roten oder weißen Blüten. Der Same erscheint in einer Schote, die in reifem Zustande dunkel gefärbt ist. Die Zeit der Reife fällt in den Anfang August. Der entfettete Same läßt sich wegen seines Reichtums an Eiweiß zu Futterzwecken verwenden und nach einer gewissen Verarbeitung auch zur menschlichen Ernährung heranziehen. Der Kriegsausschuß für Oele und Fette hat beschlossen, den Samen mühbar zu machen und fordert zur Sammlung und Ablieferung auf. Die Sammelstellen für Obstkerne werden auch Akaziensamen entgegennehmen und für ein Kilo reinen trockenen Samen 0,70 Mark bezahlen.

Merseburg. Im Zeichen der Lebensmittelnot. Vor dem Schöffengericht standen: 1. die Arbeiterin Alma St. aus Merseburg, jetzt in Leipzig wohnhaft. Sie hatte im Monat März 1917 unter der falschen Angabe, ihre Brot- und Kartoffelmarken verloren zu haben, den Magistrat Merseburg zur Herausgabe entsprechender Ersatzmarken im Werte von 20 Mk. veranlaßt. Durch diese Handlungsweise ist die Allgemeinheit geschädigt worden. Wegen Betrugs wurde die Angeklagte mit einem Monat Gefängnis bestraft. — 2. Der Arbeitsbursche Paul B. aus Merseburg. Er hatte am 24. Juni 1917 unbefugt in dem Karpfenteiche des Ziegeleibesitzers Otto Rosch einen Karpfen gefangelt und mitgenommen. Da der Karpfenteich ein geschlossenes Gewässer ist, muß die Tat wegen Diebstahls bestraft werden. Unter Berücksichtigung der Jugend des Angeklagten erlannte das Gericht auf einen Verweis.

Leuna. Verlegung des Frühzuges! Vor drei Wochen beschäftigte sich das Volksblatt an dieser Stelle anläßlich einer unglücklichen Fahrplanänderung mit dem zu frühen Frühzug, der schon um 5/5 Uhr morgens von Halle abging und den Arbeiter die knappe Schlafenszeit unnütz schmälerte. Jetzt können wir mitteilen, daß von Montag, den 6. August, an der Arbeiterzug erst um 5 Uhr 12 früh von Halle abfährt, während der Personenzug 802 um 5 Uhr 5 fährt. Die Eisenbahndirektion macht darauf aufmerksam, daß die Arbeiter zur Entlastung des Personenzuges möglichst erst mit dem 5-Uhr-12-Zug fahren möchten, falls sie damit noch rechtzeitig zu ihrer Arbeitsstelle kommen.

Querfurt. Die Brennstoffversorgung hat die Kriegswirtschaftsstelle vorläufig wie folgt geregelt: Jeder Einwohner des Kreises, welcher Kohlen von außerhalb des Kreises bezieht, ist verpflichtet, binnen drei Tagen nach Empfang der Kohlen, dies der Kriegswirtschaftsstelle des Kreises anzuzeigen und dabei anzugeben: a) Menge der Kohlen, b) Art der Kohlen, c) für welchen Zweck die Kohlen bestimmt sind. — Die Kohlenhändler haben diese nach Ziffer 1 vorgeschriebene Anzeige der Kriegswirtschaftsstelle wöchentlich für die abgelaufene Woche zu erstatten.

Bitterfeld. Einschränkung der Kohlenversorgung. Der Magistrat bestimmt in einer Bekanntmachung: Anträge auf Ausstellung von Kohlenbezugsscheinen für Haushaltungen werden von heute ab nur entgegengenommen, wenn eine Bescheinigung des Hauseigentümers oder des Blockwirtes vorgelegt wird, daß Brennstoffe jeglicher Art für mehr als eine Woche nicht vorhanden sind. Der Hauswirt hat sich hierbei sorgfältig zu überzeugen. Jede unwahre Angabe seitens des Antragstellers oder Hauswirtes ist strafbar. Gleichzeitig weisen wir nochmals darauf hin, daß Nachprüfungen vorgenommen werden.

Wittenberg. Bachräumung. Der Magistrat bringt zur Kenntnis, daß voraussichtlich am 27. August d. J. mit der alljährlichen Räumung des Trajuhnischen und des Paulen Baches und am darauffolgenden Montage mit der alljährlichen Räumung des Fischen-Baches begonnen werden wird. Es wird sich empfehlen, etwaige Ausbesserungen, Aenderungen und sonstige bauliche Maßnahmen, welche zu den Bächen resp. dem Kanalsystem der inneren Stadt in Beziehung stehen (Hausanschlüsse und dergl.), rechtzeitig zu vorzubereiten, daß die Ausführung tunlichst während der Bachräumung erfolgen kann.

Torgau. Eine weitere Ausgabe von Kartoffeln hofft der Magistrat am Montag und Dienstag vornehmen zu können. Voraussetzung allerdings ist, daß zu einem Waggon, der bereits eingetroffen ist, im Laufe des heutigen Tages noch zwei weitere Wagenladungen ankommen. Näheres wird dann morgen bekanntgemacht werden.

Eckartsberga. Fahrlässige Tötung? Ein seltsamer Unglücksfall, der uns noch dringend näherer Untersuchung und Aufklärung bedürftig erscheint, ereignete sich auf der Frankroder Straße am Sandberg. Ein Forstgehilfe wollte mit dem Rade nach dem Forst fahren, als vor ihm ein alter Mann, der Arbeiter Ludwig von hier, ging. Der Forstgehilfe will zwar rechtzeitig ein Zeichen zum Ausweichen gegeben haben, aber jedenfalls ist der alte Mann nach der verkehrten Seite ausgewichen und der Forstgehilfe schien ein sehr schnelles Tempo eingeschlagen zu haben, denn Ludwig wurde derartig angefahren, daß er zu Falle kam und sich dabei eine gefährliche Kopfverletzung zuzog, woran er schon auf dem Transport nach seiner Wohnung verschied.

Lauchhammer. Opfer der Arbeit. Gestiet wurde Freitag früh der Arbeiter Krulig aus Ischornegosta beim Brückenbau Oberhammer. Das Drahtseil des Transportkrans riß plötzlich und der Hebeanker fiel Krulig auf den Kopf, so daß bald der Tod eintrat. Krulig war erst vor kurzem reklamiert worden, er hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Sangerhausen. Getreide verheimlicht. Der Landwirt Naumann aus Martinsrieth hat sich vor der Nordhäuser Strafkammer wegen Uebertretung von Kriegsgesetzen zu verantworten. Er war vom hiesigen Schöffengericht zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er vier Zentner Gerste und fünf Zentner Saatweizen bei der Bestandsaufnahme verheimlicht hatte. Die von der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil eingelegte Berufung hatte Erfolg. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der bereits zweimal wegen gleicher Verstöße verurteilt ist, zu 500 Mark Geldstrafe. — Vom gleichen Schöffengericht war der Mühlenbesitzer Heinrich Neumann aus Hohlstedt ebenfalls wegen Verstoßes gegen Kriegsgesetze zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte Brotgetreide, von Aehrenlesen herrührend, ohne Mahlkarte gemahlen und seine Saatgerste bei der Bestandsaufnahme nicht angegeben. Die von der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil eingelegte Berufung hatte auch in diesem Fall Erfolg, indem das Gericht die Strafe auf 200 Mark erhöhte.

Kelbra. Durch Blitzschlag eingeäschert wurde das Stallgebäude des Landwirts Friedrich Kupfer.

Menserlengefeld. Der Brandschaden, der durch das Feuer am Sonntag entstanden ist, wurde jetzt festgestellt. Außer dem Stall und der Scheune, die dem Feuer zum Opfer fielen, ist noch ein Maschinenschuppen mit drei landwirtschaftlichen Maschinen und den sämtlichen Ochsengeschirren verbrannt. Ferner wurden ein Ochse, eine Milchkuh und drei Kälber sowie etwa 1000 Zentner Klee, Heu und Stroh ein Raub der Flammen.

Jena. Der neue Oberlandesgerichtspräsident. Als Nachfolger des verstorbenen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Börngen ist der Senatspräsident Alexander Stichling zum Präsidenten des gemeinschaftlichen thüringischen Oberlandesgerichts in Jena ernannt worden. Stichling ist 1862 in Gotha geboren. Er war in seiner Heimat Staatsanwalt, dann Rechtsanwalt und wurde 1898 als Oberlandesgerichtsrat nach Jena berufen. Nachdem er 1903 zum Direktor der Gothaer Lebensversicherungsbank ernannt worden war, kehrte er am 1. Juli 1907 als Rat an das Oberlandesgericht in Jena zurück.

Nationalhaß und Front.

Westfront, Ende Juli 1917.

Vor einigen Tagen stürzte in dem französischen Städtchen Charleville ein Knabe beim Spielen in die Maas. Der bayrische Infanterist Schnabel, der vorbeiging, sprang dem Verunglückten nach und rettete ihn unter Lebensgefahr vom sicheren Tode. Schnabel kam soeben aus den Kämpfen an der Aisne. Der Gerettete ist der Sohn einer Frau Lévi, deren Mann auf französischer Seite gegen uns kämpft.

Die Tat des deutschen Infanteristen ward viel besprochen. Hat sie etwas Besonderes? Gewiß, in jenem Sinne, in dem sie auch in München und Hamburg gelobt worden wäre. Aber ist sie etwas Besonderes, weil es sich hier um einen deutschen Infanteristen und einen französischen Knaben handelte? Mein Zimmermädchen ist anderer Ansicht. „Glauben Sie etwa, mein Herr," sagte sie, „daß ein Franzose anders gehandelt hätte? Ich glaube es nicht. Sondern der tapfere Mann ist immer tapfer und der Feige ist immer feige. Alle Güte ist spontan. Der Infanterist Schnabel hat nicht nachgedacht, ob das mit dem Wasser ringende Kind anderen Stammes war als er selber. Wer seine Tat als eine besondere Heldentat hinstellt, da jener Knabe Jaques Lévi und nicht Michael Götze heißt, der hat von dem Nationalhaß an der Front, wie er bei den Soldaten hüben und drüben praktisch sich auslebt, eine schlechte Vorstellung.

Auf die Gefahr hin, nicht verstanden zu werden, behaupte ich, daß es einen lebenden Nationalhaß an den Fronten hier in Frankreich kaum gibt. Es gibt im okkupierten Belgien und Nordfrankreich zahllose Patrioten, die jeder Deutschen hassen. Als den Sieger und Eindringling, als den Repräsentanten der okkupierenden Macht. Und es mag Deutsche hier draußen hinter der Front geben, die darauf scharf und heftig reagieren. Aber diese Haßgesichte, die darauf scharf und heftig reagieren. Aber diese Haßgesichte, die mit jedem Kilometer, den man frontwärts wandert, ab. Und von den kämpfenden Truppen darf man behaupten, daß es einen Nationalhaß als bestimmenden Motor ihres Handelns und Kämpfens nicht gibt. Es gibt Roheiten und Brutalitäten in der Hitze des Kampfes auf beiden Seiten. Aber gibt es die nicht auch in Bayern und Schlesien, in der Bretagne und in Wales? Der rohe Mann ist immer roh, wenn die Gelegenheit günstig ist. Nicht aus natürlichem Haß, sondern unter einem ungeheuren militär-politischen Druck, teils freiwillig, teils gehorchend, bekämpfen sich die Heere mit täglich zunehmender Rücksichtslosigkeit.

Es ist durchaus nicht so, daß der Nationalhaß den Soldaten angeboren ist. Distanz zum Feinde muß ihm vielmehr immer wieder aus höheren militärischen Gründen eingeschärft und beschlen werden. An allen ruhigen Frontstellen, bei allen kriegführenden Heeren spielen die sogenannten Verbrüderungen ihre große Rolle. Aber auch in den wildesten Trichterkämpfen der letzten Monate haben sich ergreifende Vorgänge abgespielt, bei denen militärische Notwendigkeit und menschlicher Bruder-Instinkt in tragischen Konflikt gerieten. Wer erinnert sich nicht der erschütternden Szene aus dem Schützengraben-Roman des Franzosen Darbusse, wo im Morgengrauen bei Souchez eine Gruppe total erschöpfter Deutschen und Franzosen sich gegenüberstehen und nicht wissen, wer der Gefangene des anderen ist! Nein, angeboren, natürlich, ist dem Soldaten der Nationalhaß nicht. Immer wieder haben sich in den Heeren die Armeeleitungen gezwungen gesehen, das allzu weitgehende Fraternisieren mit den Gefangenen durch scharfe Verbote einzudämmen. Wie oft haben wir das freundliche Verhalten der deutschen Soldaten gegenüber Engländern und Franzosen aus eigener Beobachtung rühmen können und man glaubt doch nicht, daß es drüben viel anders ist. Die französischen Armeebefehle, wie z. B. der seinerzeit von uns veröffentlichte des Generals Baselaire in Verdun, beweisen das Gegenteil. Rohetten gegen unsere Gefangenen passieren meist hinter der Front durch französische Zivilisten, völkerrechtswidrige Verwendung geschieht auf Befehl höherer Kommandostellen. Wir haben keinen gewichtigen Grund, anzunehmen, daß der französische oder englische Frontsoldat diese Befehle mit anderen Gefühlen ausführt, als unser Landmann, wenn er gegnerische Gefangene im harten Vergeltungslager beaufsichtigt.

Die Psyche des kämpfenden Soldaten wird allen ein Rätsel bleiben, seien sie im Feld oder in der Heimat, die nicht selber mit der Handgranate an der Brustwehr gestanden haben. Aber soviel kann getrost behauptet werden: nur der Seele auch des von lautersten Motiven bewegten Patrioten am hauptstädtischen Redaktionstisch aller Länder hat sie wenig gemein. Der Soldat, nicht die Elite, sondern der Durchschnitt, die große Masse — er handelt viel weniger aus bewußten und individuellen Motiven des Hasses, der Begeisterung, des Opferwillens, als vielmehr aus unwiderstehlich sogalen Instinkten. Der französische Jurist Georges Bonnet, der selber zwei Jahre lang an der Front gestanden hat, wirft in seinem jüngst erschienenen Büchlein Die Seele des Soldaten die Frage auf, warum ein Soldat einer Kompagnie, der eben noch eine aufrührerische Rede gehalten hat, eine Viertelstunde später an der Spitze seines Zuges tapfer fiel. Er läßt die verschiedenen Motive Revue passieren, Gott, Vaterland, Freiheitsideal, Ehrgeiz, Entsagung, Opferfreudigkeit. All das hat in den ersten Wochen des kriegerischen Elans vielleicht eine Rolle gespielt. Aber mit diesem „theatralischen Heroismus", wie er es nennt, ist es heute vorbei. Warum stirbt der einfache Soldat, der mittlere Typus, der geduldig, resigniert, manchmal mit Murren, aber stets mit großer Einfachheit seine Pflicht tut? „Je mehr ich nachdenke, um so klarer wird es mir, daß in diesem Kampfe, an dem die gesamte Nation teilnimmt, die transzendentalische Macht der Gesellschaft über die Individuen das entscheidende Element ist. Seit Beginn des Krieges haben wir alle, Hochgestellte wie Niedrige, das Gefühl, von einer Kraft beherrscht zu sein, die uns rüttelt und schüttelt, bis sie uns zerbricht. Diese Beschränkung der persönlichen Freiheit ist dem einen mehr, dem anderen weniger bewußt. Aber alle, wenn man sie nach dem Sinne dieser Knechtschaft fragt, antworten mit Argumenten sozialer Natur." In diesem Hexenkessel der Gefühle und Antriebe aber spielt der Nationalhaß die kleinste Rolle. Es ist kein Zufall, daß derselbe Autor, der seinen Landsleuten die ungeschminkte Wahrheit über das „Heldentum" des Frontsoldaten sagt, seinem Büchlein ein Kapitel einverleibt hat, das den protestierenden Titel trägt: La légende du Boche — Das Märchen vom Boche.

Die Psyche des kämpfenden Soldaten hat ihre eigene Logik. Wenn die Legende vom Nationalhaß Wahrheit wäre, wie kommt es, daß man nirgends die Tugenden des Gegners bereitwilliger anerkennt, als im vordersten Graben. Man muß in die Sturmkompagnien gehen, um zu hören, daß auch der Gegner tapfer kämpft, daß seine Artillerie famos schießt, daß seine Flieger tollkühne Stückleln aufführen. Ich besuchte jüngst unsere London-Flieger. Sie waren stolz auf ihre Erfolge. Sie brannten darauf, möglichst bald über der kanonengespickten feindlichen Hauptstadt wieder zu erscheinen, ihr möglichst nachhaltigen Schaden beizufügen, ihr noch mehr Speicher und Fabriken einzuwerfen als das letztemal. Aber zugleich hörte ich in ihrem Kreise die anerkennendsten Worte über ihre englischen Gegner. Schacht-Spott gegen alle Art Haßgesang, zahlreiche Beispiele menschlicher Kameradschaft auf beiden Seiten und ähnliche Urteile habe ich jüngst in unserer flandrischen Marine gehört, wenigstens was die Leute von der englischen Royal-Navy betrifft.

Der Nationalhaß spielt im Kampf der öffentlichen Meinung eine große Rolle. Man schafft ihn mit moralischen Redensarten auch nicht aus der Welt. Auf systematische Beschimpfung kann ein Volk nicht durch Achselzucken oder Lobeshymnen auf den Gegner antworten. Dieser Nationalhaß tobt unversöhnlich von Volk zu Volk. Ihn abzubauen wird erst jahrzehntelanger Friedensarbeit gelingen. An der Front existiert er schon heute kaum noch. Am wenigsten bei uns Deutschen. Wir wollen das nicht vergessen. Aber wir brauchen auch nicht viel Aufhebens davon zu machen. Der Infanterist Schnabel rettete den kleinen Lévi, ohne nachzudenken (und im Vogtland wurde dieser Tage ein fünfjähriges Kind durch einen russischen Kriegsgefangenen unter eigener Lebensgefahr aus einem Teiche gerettet. Die Red.) Das Menschliche versteht sich immer von selbst.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Krieg und Gemeindesteuern.

Wenn auch die volle Einwirkung des Krieges auf die Gemeindesteuern bis jetzt noch nicht in die Erscheinung getreten ist, da ein Teil der gemachten Ausgaben durch schwebende Schulden verdeckt ist, so geben die vom Statistischen Amt der Stadt Elberfeld seit einer Reihe von Jahren gemachten Zusammenstellungen über die prozentuale Höhe der Gemeindesteuern in 110 preußischen Städten immerhin ein Bild der bisher eingetretenen Veränderungen.

Von den in die Erhebung einbezogenen Gemeinden hatten einen Zuschlag zur Staatssteuer:

Zuschlag in Proz. der Staatssteuer	1913		1914		1915		1916	
	überhaupt	in Prozent						
100	7	6,6	4	3,6	0	—	0	—
101—150	13	12,3	19	17,8	21	19,1	11	10,0
151—175	18	17,0	19	17,8	14	12,7	18	16,3
176—200	33	31,1	32	29,1	25	22,8	19	17,3
201—225	22	20,8	33	20,9	24	21,8	22	20,0
226—250	10	9,4	11	10,0	28	20,9	29	26,4
261—300	3	2,8	2	1,8	8	2,7	11	10,0
	108	100	110	100	110	100	110	100

Einen Zuschlag von nur 100 Prozent, den im Jahre 1914 nur noch die Groß-Berliner Stadtgemeinden aufwiesen, hatte in den beiden letzten Jahren überhaupt keine Stadtgemeinde mehr. Den niedrigsten Satz mit 110 Prozent verlangte im Jahre 1916 die Stadt Potsdam. Umgekehrt war der höchste Zuschlag, der 1910 275 Prozent, 1913 260 Prozent und 1915 280 Prozent betragen hatte, 1916 auf 300 Prozent (Saarbrücken) gestiegen. Bis zu 200 Prozent verlangten 1912 57 Prozent aller Gemeinden, 1916 aber nur noch 43,6 Prozent.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonntag, den 5. August: Ziemlich heiter, trocken, tagsüber warm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0007

Walhalla-Theater.
8¼ Uhr. 1397
Gastspiel Max Walden.
Heute, Sonnabend, zum 4. Mal:
Der Schlager der Saison:
„Parkettsitz Nr. 10"
Mit Max Walden als Vitus Bollerstädt.
Flieger-Posse in 3 Akten von Haller-Wolf. Musik von Götze.
! Det Ding is jut !
Sonntag, ½4 Uhr: Familien-Vorstellung:
„Der Juxbaron".
Kleine Preise. Kleine Preise.
Abends zum 5. Mal: „Parkettsitz Nr. 10".
Kasse: 10—1½ u. 4—6 Uhr. Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen.

Radrennbahn (Olympiapark).
Sonntag, den 12. August, nachmittags 3½ Uhr:
Der große Preis der Stadt Halle.
80 km-Dauerrennen der Extra-Klasse.
1 km-Fliegerrennen der Extra-Klasse. *727
Am Start: Weltmeister Walter Rütt,
Am Start: Sechstagesieger Willy Lorenz,
Pawke, — Lewanow.

Volkspark Burgstr. 27.
Heute, Sonnabend, 4. August, abends 8 Uhr:
Grosses Militär-Konzert
d. Kapelle d. Landw.-Ers.-Bataillons Inf.-Rgmt. Nr. 36.
Morgen, Sonntag, nachmittags u. abends: Frei-Konzert.
1393 Die Geschäftsleitung.

Alte Promenade 11a **U.T** Leipzigerstrasse 88
Fernspr. 5738. Fernspr. 1224.
Die Tragödie auf Schloß Rottersheim.
— 4 Akte. —
Vorführung: 5.00, 7.10, 9.30.
Das kommt vom Bummeln.
Ein Filmschwank mit Nanny Ziener.
„Ueberlister"
Ein heiteres Lustspiel.
Sonntag 3—5 Uhr: Jugend-Vorstellung
Die letzten Tage von Pompeji.
„Der Teppich von Bagdad".
Wüstendrama in 5 Akten.
Wundervolle Bilder aus dem Orient.
Vorführung: 3.00, 4.40, 5.50, 9.10.
„Die Ehe des Herrn Mac Allen".
Eine Illustration zu der Frage: „Wer ist der Herr im Hause?"
In beiden Theatern: 1399
:-: Die neuesten Kriegsberichte. :-:

Hufblätter
Brombeerblätter,
Reinfarnblüten, Knöterich, Schachtelhalm kauft frisch und getrocknet
Wilhelm Kathe, Halle, Gr. Märkerstr. 7.
*600 Annahme 8—12, 2—5, ausser Sonnabends.

Apollo-Theater.
Morgen, Sonntag, abends 8.10 Uhr:
Gastspiel der allbeliebten 1394
Winter-Tymians,
Deutschlands erste Herrengesellschaft.
Vorverkauf den ganzen Tag geöffnet.
Benutzung dringend zu empfehlen.

Zoo.
Reicher Tierbestand.
Sonntag, 5. August 1917:
Billiger Sonntag.
Nachmittags 3½ Uhr:
: Nachmittags-Konzert :
vom Görlach-Orchester.
Leitung: Musikdirektor H. Görlach.
Abends 7½ Uhr: *730
Grosses Abend-Konzert
vom Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister K. Nöhren.
Eintrittspreise den ganzen Tag über für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 20 Pf., für Militär ohne Dienstgrad vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf.
Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.
Dienstag, den 7. August 1917, abends 8 Uhr:
Grosses Militärkonzert
der Kapelle des
13. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillons (IV/31).
Solistin: Konzertsängerin Käte Kleinlein.

Burg-Theater. 1390 Erstaufführung. — Wahre Begebenheit. — Spielt von Nachmittag.
„Der Prälat von Cadore." 4 Akte.
Aus den österreich.-italien. Kämpfen an der Tyroler Grenze. Erstklassige Kampf- u. Liebesscenen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der §§ 47 und 49 der Verordnung des Bundesrats vom 26. Juli 1916 RGB. S. 590, der Verordnung über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung, endlich gemäß Verordnung des Magistrats vom 15. September 1916 wird für den Stadtbezirk Halle folgendes angeordnet:

§ 1. In der Woche vom 6. bis 12. August dürfen von Dienstag, den 7. August an, auf den Abschnitt 1 der neuen (roten) Kartoffelkarte **fünf Pfund** Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Die Verkäufer haben beim Verkauf den Abschnitt 1 von der Kartoffelkarte abzutrennen und den erfolgten Verkauf in deutlich lesbarer, unverwischbarer Schrift im Lebensmittelschein ersichtlich zu machen. Von der Kartoffelkarte bereits abgetrennte Abschnitte 1 sind ungültig und dürfen zum Einkauf nicht verwendet werden. Verkäufer, die auf abgetrennte Abschnitte Ware abgeben, oder den Verkauf nicht in der vorgeschriebenen Weise im Lebensmittelschein anmerken, haben außer strafgerichtlicher Verfolgung die Entziehung der Befugnis zum Kartoffelverkauf zu gewärtigen.

Am Montag, den 6. August, dürfen keine Kartoffeln verkauft werden.

§ 2. An Schwerst- und Schwerarbeiter dürfen auf den Abschnitt 15 der violetten und dunkelgelben Kartoffelkarte **fünf Pfund** Kartoffeln abgegeben werden. Bei dem Verkauf an diese Personen darf die Ware abgegeben werden gegen Einziehung der von der Zusatzkarte bereits abgetrennten Abschnitte, auf denen in violettem bezw. dunkelgelbem Aufdruck die Woche angegeben ist, für die sie gelten.

Die Abschnitte in grüner Farbe sind ungültig.

§ 3. Die Verkäufer haben die Abschnitte der Karten zu sammeln und am Montag, den 13. August, gebündelt dem Stadt-Ernährungsamte vorzulegen.

§ 4. In der Woche vom 6. bis 12. August gelangen außerdem zur Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung: 100 Gramm Mischmehl, ½ Pfund Kunsthonig, ¼ Pfund Grieß. Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachung noch näher geregelt werden; hier wird schon darauf hingewiesen, daß das Mischmehl, um schmackhaft zu sein, ½ Stunde gekocht werden muß — es enthält sonst leicht einen bitteren Beigeschmack.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung, die mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit tritt, werden nach § 16 der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1916 bezw. nach § 17 der Verordnung über die Preisprüfungsstellen gestraft.

Halle, am 4. August 1917. **Der Magistrat.**

Regelung des Fleischverkaufs auf der Freibank

Um das unnötige Warten bei dem Verkauf auf der Freibank möglichst einzuschränken, wird zur Regelung des Fleischverkaufs auf der Freibank auf Grund des § 12 der Verordnung des Bundesrates vom 25. September/4. November 1915 folgendes angeordnet:

Diejenigen Haushalte, die Fleisch auf der Freibank kaufen wollen, haben sich am **Montag, dem 6., und Dienstag, dem 7. dieses Monats in dem Verkaufslokal der Freibank,** Viehhofstraße, in den Stunden von 8 bis 1 und 3 bis 6 Uhr als **ständige Käufer anzumelden.** Die Anmeldungen müssen persönlich erfolgen, und zwar in folgender Weise:

Die Kunden legen **ihren Lebensmittelschein** vor. Die Haushalte werden nach der Reihenfolge der Anmeldungen in die aufgelegte Liste eingetragen und dabei die Zahl der Haushaltsangehörigen vermerkt. Die erfolgte Anmeldung wird durch einen entsprechenden Aufdruck auf dem Lebensmittelschein erkennbar gemacht und den angemeldeten Kunden eine mit der **Nummer der Liste versehene Marke ausgehändigt.**

Der **Verkauf** findet fortan **nur an die eingetragenen Haushalte** statt. Bei dem **Einkauf** hat jeder Käufer den **Lebensmittelschein** und die ihm bei der Anmeldung ausgehändigte **Marke vorzulegen.** Der Verkauf erfolgt nur nach den auf den Marken vermerkten Nummern der Liste je nach der Fleischmenge, die jeweils zur Verfügung steht, so daß beispielsweise an dem ersten Verkaufstage die Gruppe der Käufer mit den Nummern 1 bis 200, am nächsten Verkaufstage die Gruppe von 201 bis 400 usw. Fleisch auf der Freibank erhält. **Es wird jeweils bekanntgegeben, an welche Käufernummern an dem nächsten Verkaufstage Fleisch verabfolgt wird.** Der Verkauf nach der neuen Ordnung beginnt am **Mittwoch, dem 8. August.**

Halle, den 4. August 1917. **Der Magistrat.**

Die **Ausgabe der Warenbezugsscheine** (Serie IX) findet vom Montag, dem 6. August 1917, an in den städtischen Markenausgabestellen und zwar zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken, statt.

Halle, den 4. August 1917. **Der Magistrat.**

Milch-Verkauf.

Am Montag, den 6. Aug. 1917, wird auf dem städtischen Markte, in der Talamtschule, der Verkauf von **kondensierter und sterilisierter Milch** fortgesetzt, und zwar:

Vormittags von 8—12 Uhr auf die Nummern 31 501—38 500,
nachmittags von 2—6 Uhr auf die Nummern 38 501—45 500

der neuen Lebensmittelscheine.

An Einzelpersonen wird je ein Päckchen sterilisiertes Milchpulver zum Preise von 0.30 Mk. abgegeben; Haushalte mit 2—4 Angehörigen können eine Dose kondensierter Milch, Haushalte mit mehr als 4 Angehörigen zwei Dosen kondensierter Milch zum Preise von 1.60 Mk. für die Dose kaufen.

Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines.

Da Haltbarkeit der Milch nicht garantiert werden kann, so ist der sofortige Verbrauch derselben zu empfehlen.

Halle, den 4. August 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Puddingpulver-Verkauf
in der Talamtschule am Montag, den 6. August 1917.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 31 501 — 38 500 vormittags von 8 — 12 Uhr und die Nummern 38 501 — 45 500 nachmittags von 2 — 6 Uhr. Haushalte mit 1 — 2 Personen erhalten 1 Päckchen, Haushalte mit 3 — 4 Personen erhalten 2 Päckchen, Haushalte mit 5—6 Personen erhalten 3 Päckchen, Haushalte mit 7 — 8 Personen erhalten 4 Päckchen usw. zum Preise von 15 Pfg. für das Stück. — Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Außerdem steht **Morgentrank** zum Verkauf; für je 2 Päckchen Puddingpulver kann 1 Paket Morgentrank zum Preise von 30 Pfg. entnommen werden.

Halle den 4. August 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Mischmehl** wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am **Montag, den 6. August 1917.** Für jede Person eines Haushaltes können 100 Gramm abgegeben werden. Für 100 Gramm Mischmehl beträgt der Verkaufspreis 55 Pfennig. Das Mischmehl ist von vorzüglicher Qualität, bedarf aber einer Kochzeit von mindestens 30 bis 40 Minuten. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Mischmehl einzukaufen, bei welchem sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 80 des Warenbezugsscheines VIII zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündet im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 4. August. **Der Magistrat.**

Da Halle jetzt reichlich mit Gurken beliefert worden ist, bringen wir nachstehendes Rezept für ein sehr schmackhaftes Gurkengemüse hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gurkengemüse.

Die Gurken werden nach dem Schälen der Länge nach durchgeschnitten und in fingerdicke Stücke geschnitten. Die Gurkenstücke werden mit wenig Salz und Wasser in 1½ Stunde weichgekocht, geschälte Kartoffeln hinzugefügt, darin gargekocht; zuletzt wird das Gericht mit angerührtem Weizenmehl oder Suppenmehl, Grieß oder Flocken gebunden und wird dann mit Essig und Zucker abgeschmeckt.

Bemerkung: Statt Wasser kann Knochenbrühe aufgefüllt werden. — Wird Mischmehl zum Binden verwendet, so muß dieses mit den Kartoffeln ungefähr dreiviertel Stunde garkochen.

Halle, den 4. August. **Der Magistrat.**

Gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 wird die Urliste der hier wohnhaften Personen, die zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, vom 14. bis 21. August 1917 in unserem Bureau VIII (Großer Berlin Nr. 11) innerhalb der Dienststunden öffentlich ausliegen. Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste kann innerhalb der Frist im genannten Bureau schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Halle, den 1. August 1917. **Der Magistrat.**

Preise vergleichen!
Gewürze, Backpulver, Brotaufstrich, Teepackung., Zitronen, Eierkuchen- und Vanilinpackpulver, Waschpulver, Handwaschmittel, Hautcreme.
Im Kaufhaus H. Elkan. 1100

Frauenhaar
kauft zu guten Preisen *724
Fallek, Mansfelderstr. 29.

SONNTAGS ab 4 Uhr
:: Konditorei u. Kaffee ::
KURT KNÄUSEL
RANNISCHE STR. 7
früher Schulz-Glasl.
TÄGL. KONZERT
1400 Eintritt frei.
Tel. 4170.

Empfehle mein
Spezial-Geschäft
in F
Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.
A. M. Albrecht,
Lindenstrasse 53.

Bad Wittekind
Sonntag, den 5. August 1917,
früh ½7 Uhr:
Früh-Konzert,
nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
vom
Stadttheater-Orchester.
*730 Leitung:
Kapellmeister Karl Nöhren.
Eintrittspreise:
Zum Frühkonzert 25 Pfg.,
zum Nachmitt.-Konzert 35 Pfg.
Dauerkarten sind gültig.

Fettseife *732
gibt's nicht mehr. Ich empfehle
Mandelkleie,
erstklss. Fabrikate v. 25 Pf. an.
Schwanen-Drogerie,
Leipzigerstr. Ecke Poststr.

Gesetz
betreffend den
Vaterländisch. Hilfsdienst.
Mit einem Anhang:
Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen.
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Nur **Reilstrasse 23** wird man **reell bedient** und bekommt
höchste Preise für
Lumpen, Kilo 20 Pfennig, **Knochen,** Kilo 10 Pfennig,
Papier, Kilo 8 Pfennig, **Bücher** u. **Zeitungen,** Kilo 10 Pfennig.
Sackzeug, Bindfaden, Wolle, Eisen
zu bekannten Preisen. 1398
Weisse Glasscherben u. **weisse Flaschen** Kilo 4 Pfennig.
P. Theuring, Inh.: B. Ackermann, Reilstr. 23, Hof. Teleph. 5659.
Wegen Mangel an Kleingeld bitte stets etwas Wechselgeld mitzubringen.

Künstliche
Zähne
Behandlung kranker Zähne.
Schmerzloses Zahnziehen
soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt
(vormals Britannia).
Gr. Ulrichstrasse 11, II.
Fernruf 3865. 1103

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170804-13/fragment/page=0008